

Dieter Grande (Hg.)

# **Der deutsch-deutsche Umgang mit der SED-Vergangenheit**

**Perspektiven kirchlichen Handelns**

**Dokumentation eines Workshops in der Forschungs- und  
Gedenkstätte Normannenstrasse in Berlin**

---

Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden  
Herausgeber: Deutsche Kommission Justitia et Pax  
Redaktion: Harry Neyer

---

---

**Der deutsch-deutsche Umgang mit der SED-Vergangenheit.** Perspektiven kirchlichen Handelns.  
Dokumentation eines Workshops in der Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstrasse in Berlin.  
Herausgegeben von Dieter Grande.

Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden  
Dokumentation 42

ISBN 3-932535-32-4

2001

---

Auslieferung: Justitia et Pax, Kaiser-Friedrich-Str. 9, 53113 Bonn  
Telefon 0228 - 103217 Fax: 0228 - 103318

## Inhalt

Inhalt	3
Vorwort	5
<i>Dieter Grande</i>	
Einführung in den Workshop	7
<i>Thomas Hoppe</i>	
Die internationale Diskussion über den Umgang mit belasteter Vergangenheit und ihre Bedeutung für das deutsch-deutsche Gespräch	9
<i>Wolfgang Templin</i>	
Eine unbewältigte Hypothek. Die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur seit 1990. Eine kritische Bilanz	23
<i>Bernd Schäfer</i>	
Zur Motivation der „Täter“. Über die Rollen von offiziellen und inoffiziellen Mitarbeitern	34
<i>Dieter Grande</i>	
Erfahrungen und Ansätze für einen Umgang mit „Tätern“	40
<i>Norbert Peikert</i>	
Die „Täter-Opfer“-Problematik aus psychologischer Perspektive	49
<i>Hubertus Knabe</i>	
Die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit - ein ostdeutsches Problem? Anmerkungen aus westdeutscher Perspektive	56
<i>Anhang</i>	
Programm	70
Teilnehmerliste	72
Empfehlungen	74



## **Vorwort**

Mit dem Ende der DDR stand umgehend die Frage nach dem Umgang mit den Verantwortlichen im Raum. In den gesellschaftlichen Diskussionen setzte sich der Standpunkt durch, dass es für die deutsche Einheit sowie die Entwicklung unserer Demokratie förderlich sei, aktiv und konsequent mit der Geschichte und dem Unrecht der DDR umzugehen. Die Fehler, die nach dem Krieg bei der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten gemacht worden waren, sollten dieses Mal vermieden werden. Die Bundesrepublik sollte sich als gereifte Demokratie zeigen, die in der Lage ist, sich mit den Lasten der Vergangenheit produktiv auseinander zu setzen.

Ohne Zweifel sind mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz, den entsprechenden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages sowie den einschlägigen Strafprozessen wichtige Schritte in die richtige Richtung unternommen worden. Nichts desto weniger wurden in den letzten 10 Jahren immer wieder Stimmen laut, die das Ungenügende dieses Prozesses thematisierten. Manche gingen sogar soweit, die Einstellung der strafrechtlichen Auseinandersetzung zu fordern und der Bundesrepublik das Recht auf diese Auseinandersetzung abzuspochen. Bei vielen ehemaligen DDR-Bürgern drängte sich das Empfinden auf, dass ihre Lebensumstände in der DDR keineswegs angemessen gewürdigt würden, sondern nur das im Vergleich mit der Bundesrepublik Negative zur Sprache käme. Viele Opfer der staatliche Verfolgung hingegen wandten sich enttäuscht von dem Prozess der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der SED-Vergangenheit ab, da sie die Erfahrung machen mussten, dass ihre konkreten Leidensgeschichten allzu oft als störend von der Mehrheitsgesellschaft in Ost wie in West empfunden wurden.

Der differenzierte und schmerzhafteste Prozess der deutsch-deutschen Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Folgen der DDR-Diktatur ist, anders als manche insgeheim gehofft haben mögen, keineswegs zu Ende. Die offensichtlichen Ermüdungserscheinungen, die zu Tage treten, sollten uns Anlass sein, uns ernsthaft mit den Formen und Bedingungen dieser Auseinandersetzung zu befassen, und Fehler und allzu schnelle Urteile zu korrigieren. Die Deutsche Kommission Justitia et Pax hat darum 1999 in der ehemaligen Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR einen Workshop zu diesen Fragen durchgeführt, dessen Vorträge mit dieser Publikation einem breiteren Publikum zur Verfügung gestellt werden.

*Weihbischof Prof. Dr. Reinhard Marx*



## **Einführung zum Workshop:**

### **Erinnerung, Aufarbeitung von belasteter Vergangenheit und Demokratisierung Der deutsch-deutsche Umgang mit der DDR - Vergangenheit**

Unser Workshop findet zu einem Zeitpunkt statt, wo die Frage einer Amnestie für Straftatbestände des SED-Unrechts durch Herrn Friedrich Schorlemmer neu angestoßen worden ist.

Dabei ist nicht nur an gerichtliche Verfahren, sondern auch an außergerichtliche Verfahren von IM gedacht.

Die Reaktionen auf diesen Vorschlag sind heftig und sehr unterschiedlich. Ich hoffe, dass es uns hier gelingt, dazu sachlich begründete und differenzierte Positionen zu finden.

Bei denen, die seit Jahren in der „Aufarbeitung“ tätig sind, gibt es Enttäuschung über die Ergebnisse und Zweifel am eingeschlagenen Weg. Ich zitiere aus einem Brief einer Bürgerrechtlerin: „Der Begriff des „Opfers“ erscheint um so vielschichtiger, je mehr Biographien man liest. Auch die „Mischzone“ wird größer. Die Täter haben sich längst selbst vergeben, sie brauchen die Verzeihung der anderen nicht mehr. Viele wissen gar nichts mehr von Schuld. Die Opfer werden entweder zum „Profi - Opfer“ oder resignieren, weil sie kein Gehör finden. Ihnen bleibt Selbstmitleid. Die Nicht-Täter und Nicht-Opfer sind zur Tagesordnung übergegangen. Sie arrangieren sich mit Tätern und Opfern, mit Tätern noch lieber, weil die nicht ständig die Vergangenheit bemühen und auf Gegenwart und Zukunft orientiert sind. Die Wissenschaft hat sich mit der ihr eigenen Arroganz der Themen bemächtigt. Sie hat sich ein Bild gemacht. Sie will keine Irritationen mehr. Das Bild vom Täter und Opfer steht.“

In Vorbereitung auf die Zweite Europäische Ökumenische Versammlung in Graz hat die Deutsche Kommission Justitia et Pax eine Projektgruppe „Versöhnung“ gebildet, die in einem Arbeitspapier: „Versöhnung - Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens“ als Ziel aller Versöhnung einen „gerechten Frieden“ nennt. Die „Aufarbeitung“ droht in Wahrheitsfindung als Selbstzweck stecken zu bleiben, ohne gesellschaftliche Versöhnungsprozesse als Ziel der Arbeit anzustreben. Von diesem Ansatz her hat die Projektgruppe die Forderung der Schlussbotschaft von Graz aufgegriffen, die wörtlich lautet:

„Einleitung eines Prozesses der Vergangenheitsbetrachtung im Geist historischer Wahrheit.“

Im Schlussdokument 2, dem sogenannten „Basistext“ heißt es dazu: „Wir wollen die tiefen Unterschiede zwischen Tätern und Opfern nicht verwischen. Wir sagen nicht, dass wir alle in gleicher Weise schuldig sind oder gelitten haben. So ist es denen unter uns, die aus den westlichen Ländern Europas kommen, ein Anliegen, ausdrücklich auszusprechen, dass viele von uns während dieser Zeit über die Leiden von Christinnen und Christen hinweggesehen haben, die in den Ländern unter kommunistischer Vorherrschaft leben mussten. Wir reden nicht vom Vergessen. Es geht um mehr als den bloßen Respekt unserer Erinnerungen.“

Wir verstehen Versöhnung zwischen uns als den immer wieder neuen Versuch, Verbitterung und Verdrängung in unseren Erinnerungen zu vergegenwärtigen und sie dadurch einer Heilung zuzuführen.“

Vom 6. - 9. Juni 1998 haben wir in Form eines internationalen Workshops in der Gedenkstätte Buchenwald über „Erinnerung und Versöhnung“ nachgedacht. Referate über den Umgang mit Vergangenheit in Ruanda, Guatemala, Bosnien und Russland haben deutlich werden lassen, dass es ohne „Erinnerung“ keine Chance für Versöhnung gibt.

Uns deutschen Teilnehmern wurde dabei aber auch deutlich, dass wir im internationalen Dialog zu diesem Thema nur dann einen glaubwürdigen Beitrag leisten können, wenn wir den deutsch-deutschen Weg der Aufarbeitung der SED-Zeit neu hinterfragen, ob er ein Beitrag zur Versöhnung in der Gesellschaft ist. Dieser Aufgabe wollen wir uns mit dem heutigen Workshop hier in Berlin stellen.

Der Tagungsort soll uns klimatisch helfen, die Opfer des Unrechtes des SED-Staates nicht aus den Augen zu verlieren.

Durch die Referate, den „runden Tisch“ und die Diskussionen wollen wir in der derzeitigen Diskussion um den weiteren Umgang mit dieser Vergangenheit, zu klaren Positionen finden, die es der Deutschen Kommission Justitia et Pax möglich machen, Empfehlungen an Kirche und Gesellschaft zu geben.

Ich wünsche uns allen einen guten Verlauf des Workshops.

Januar 1999

*Prälat Dieter Grande*

*Thomas Hoppe*

## **Die internationale Diskussion über den Umgang mit belasteter Vergangenheit und ihre Bedeutung für das deutsch-deutsche Gespräch**

In der Konzeption des Workshops haben wir uns darauf verständigt, dass dieses einleitende Referat die Anknüpfung an den Workshop in Buchenwald im Juni des vergangenen Jahres herstellen soll. Damals ging es um eine Auseinandersetzung mit den Erfahrungen von Menschen u.a. aus Ruanda, Südafrika, Guatemala, Bosnien, der Ukraine und Russland hinsichtlich des Umgangs mit den jeweiligen Lasten der Vergangenheit in ihren Herkunftsländern. Unsere Gespräche vollzogen sich in der Zielperspektive, systematisch zu bestimmen, worin angemessene Formen der Erinnerung bestehen, warum sie notwendig sind und welchen Beitrag zu etwaigen Prozessen der Aussöhnung sie leisten können.

Ich möchte im Folgenden versuchen, nicht nur die Ergebnisse der Buchenwalder Beratungen zu resümieren, sondern sie in den Kontext der mittlerweile zahlreichen Beiträge zum Thema zu stellen, die in den letzten Jahren veröffentlicht wurden. Vielerlei Besonderheiten in den unterschiedlichen Ländersituationen lassen zwar Vorsicht beim Ziehen direkter Vergleiche und Parallelen geraten scheinen. Doch begegnen in den je einzelnen Fallbeispielen durchaus gemeinsame Strukturmerkmale, auf die eine sozialetische Reflexion dieses Problemzusammenhangs aufmerksam zu machen hat. Solche Gemeinsamkeiten betreffen sowohl die Typologie der Ausgangssituationen wie charakteristische Schwierigkeiten, auf die der Versuch eines angemessenen Umgangs mit belasteter Vergangenheit regelmäßig stößt. Ihre Kenntnis soll gewissermaßen den Hintergrund ausleuchten, vor dem verständlich werden kann, warum die heute und morgen von uns geforderte Konzentration auf den deutsch-deutschen Umgang mit der DDR-Vergangenheit trotz aller partikularen Momente doch keineswegs singuläre Phänomene diskutiert.

Meine Überlegungen beginnen damit, die Ausgangssituation zu skizzieren: Worin bestehen die Lasten der Vergangenheit, und wie wirken sie fort in die Gegenwart? In einem zweiten Schritt sollen unterschiedliche Ansätze, wie mit dieser fortwirkenden Last umgegangen werden kann, auf ihre Vorzüge und Schwächen hin befragt werden. Abschließend möchte ich einige Gedanken zur Frage zur Diskussion stellen, ob und wie weit sich mit belasteter Vergangenheit so umgehen lässt, dass sich Wege und Perspektiven für Versöhnungsprozesse eröffnen. Denn gerade dies ist keineswegs sicher; es wird sich vielmehr zeigen, dass die Suche nach angemessenen Formen solchen Umgangs auf vielfältige Ambivalenzen stößt. Das häufige Scheitern von Bemühungen um Versöhnung ist deswegen eine zwar überaus leidvolle, aber auch

erklärliche Erfahrung. Nur wer sie ernst nimmt, kann der Gefahr entgehen, der Versuchung zu allzu rascher und unbedachter Versöhnungsrhetorik zu erliegen, die nach allem, was man weiß, weitaus mehr Schaden als Nutzen bewirkt.

### **1. Die Ausgangssituation: Das Zerschneiden gemeinsamer Lebenswelten von Tätern und Opfern**

Wenn hier von "belasteter Vergangenheit" die Rede ist, so meint dies Belastungen einer spezifischen Qualität und Intensität. Es geht nicht um zeitweise Störungen persönlicher Beziehungen, die allmählich an Bedeutsamkeit abnehmen, jedenfalls bei einem durchschnittlichen Maß an Verständigungsbereitschaft überwindbar scheinen. Gemeint sind vielmehr solche extremen Erfahrungen von Leid und Unrecht, dass derjenige, der ihnen ausgesetzt ist, aus dem Kontext einer gemeinsamen Lebenswelt mit denjenigen, von denen er dieses Leid erfährt, gewissermaßen "hinausfällt": was ihm widerfährt, ist ja im Kern nichts anderes als die Negation seines fundamentalen Rechts auf eine menschenwürdige Behandlung durch die Täter. Diese Negation kann unterschiedliche Formen annehmen, vor allem auch verschiedene Grade der Subtilität. Besonders sinnfällig wird sie dort, wo Menschen der physischen Bedrohung ihres Lebens zum Opfer fallen oder miterleben müssen, dass dies an ihren Angehörigen geschieht. Weitaus subtiler, aber auf Dauer kaum weniger traumatisierend sind fortgesetzte Versuche der "Zersetzung" einer Persönlichkeit durch Methoden, die man hier im Hause als "Operative Psychologie" bezeichnete.

Die Folgen solcher Erfahrungen liegen nicht nur in der nachhaltigen Beschädigung von Lebenssituationen, in der dauerhaften Konfrontation mit kaum Bewältigbaren Erinnerungen und in der Zerstörung vielfältiger Lebensmöglichkeiten durch die erlittenen Formen der Gewalt. Sie bestehen darüber hinaus in einem fundamentalen Verlust des "Weltvertrauens" und der elementaren Befähigung zu einem Vertrauensverhältnis zu Mitmenschen. Fast immer ist dieser Verlust an Vertrauensfähigkeit mit der Wahrnehmung verbunden, dass die Eigenart der persönlichen Erfahrung von niemandem erfasst werden kann, der nicht zumindest etwas ähnliches erleiden musste. Situationen extremer Ohnmacht und völligen Ausgeliefertseins bringen eine Weltwahrnehmung mit sich, der nichts mehr als verlässlich gilt, insbesondere nicht das, was landläufig für ein Kennzeichen zivilisatorischer Normalität gehalten wird. Der Zerfall bisheriger Plausibilitäten, das Wissen darum, zu welchen Grausamkeiten menschliches Handeln imstande ist, verändert grundlegend den Blick auf die Abläufe in der Lebenswelt. So konstituiert sich eine "Opferperspektive", die sich von derjenigen der Täter oder unbeteiligten Zuschauer abgründig unterscheidet. Sie als Ressentiment oder Unversöhnlichkeit zu denunzieren, riskierte nicht nur, den Betroffenen im moralischen Sinn Unrecht zu tun, sondern bekäme auch

deren Grundsituation und die sie verursachenden Faktoren und Abläufe nur unzureichend in den Blick. Der moralische Vorwurf an die Opfer ist somit bereits auf der Analyseebene Ausweis eines verfehlten Zugangs zum Problem.

Das Verhaftetsein in einer Opferperspektive ist besonders dann kaum aufzubrechen und zu überwinden, wenn die Opfer erfahren müssen, dass sich das Handeln der Täter für diese in zweifacher Weise auszahlt: zunächst unmittelbar, denn sie werden auf die eine oder andere Weise für ihr Handeln belohnt; jedoch später nochmals, wenn sich herausstellt, dass aus unterschiedlichen, noch zu diskutierenden Gründen eine angemessene Ahndung vielerlei Unrechts kaum möglich erscheint und deswegen auch die einstmaligen gesellschaftlichen Hierarchien nur sehr schwer zu verändern sind. Für die Opfer kann dann ihre Situation leicht wie die des Hasen erscheinen, der einen Wettlauf mit dem Igel versucht: der Igel ist immer schon im Vorteil, da er rechtzeitig dafür Sorge trug, die Umstände geschickt zu seinen Gunsten zu arrangieren. Während die Täter längst wieder die Privilegien ihres bürgerlichen Lebens genießen, müssen viele der Opfer oft jahrzehntelang um eine minimale Anerkennung ihrer Leiden kämpfen. Etliches an Verbitterung lässt sich aus dieser Wahrnehmung verständlich machen.

Vielleicht ihre tragischsten Züge gewinnt die Opfersituation dort, wo jemand Unrecht und Gewalt nicht nur erleiden musste, sondern es den Tätern gelang, ihn in die faktische Mitwirkung bei ihrem Tun zu verstricken. Dieser Versuch, möglichst viele der Opfer in den Abgrund des Verbrechens hineinzuziehen, ist geradezu typisch für die modernen Formen von Makrokriminalität. Indem man einen Menschen vor die Wahl stellt, entweder ein großes oder ein noch größeres Verbrechen zu begehen, und die Alternative der Verweigerung nicht nur mit seinem Tod, sondern auch mit der Vergeltung an Dritten bedroht, setzt man ihn einer Zwangslage aus, der er sich kaum entziehen kann. Gerade bei moralisch sensiblen Menschen führt dies aber nicht zum geläufigen Mechanismus einer Selbstentschuldigung, im Gegenteil: sie leiden oft bis an ihr Lebensende unter ihrer erzwungenen Beteiligung an Handlungen, denen andere zum Opfer fielen. Aus Bosnien wurde von einem jungen Mann berichtet, der sagte: "ich werfe den Tätern nicht nur vor, dass sie meine Familie ausgerottet haben, sondern vor allem, dass sie mich zwangen, dasselbe zu tun wie sie" (im Hinweis darauf, dass es Situationen gibt, in denen man Böses nicht nur erdulden muss, sondern in dieser Weise an seinem Vollzug beteiligt wird, liegt für mich ein weltimmanentes Gleichnis dafür, was "Hölle" bedeutet.).

Die klare Konfrontation mit den Folgen solchen Handelns ist nicht nur für die Opfer, sondern offensichtlich auch für nicht wenige der Täter kaum erträglich. Ihr Weg aus dieser Situation ist oftmals der der Verdrängung, so dass sie die ständige Wiederbegegnung mit den Opfern zu vermeiden suchen - in ähnlicher Weise, in der die Opfer die Begegnung mit den Tätern meiden, um der Gefahr einer Retraumatisierung zu entgehen. Von großer Bedeutung ist gerade

für die Täter das Phänomen der Verstrickung; sie etabliert unterschiedliche Ebenen der Tatverantwortung und der Mittäterschaft, damit auch einer partiellen Entlastung von Verantwortlichkeit. Nicht für jeden war die Tragweite des Bösen, dem er aufhalf, von vornherein erkennbar; Kennzeichen für Verstrickungen ist vielmehr, dass sie sich oft allmählich und schleichend vollziehen, wobei die wahren, endgültigen Absichten der Verstrickenden lange Zeit im Verborgenen bleiben können. Werden sie offenbar, so geschieht dies überwiegend zu einem Zeitpunkt, zu dem es den Verstrickten nicht einfach frei steht, sich aus der Kooperation mit dem Unrechtssystem wieder zurückzuziehen. Denn dies wäre mit schwerwiegenden, u.U. existenziellen Risiken für sie und ihre Familien verbunden. Die Verstrickung von Tätern kann Momente der Versuchung, wenn nicht der moralischen Erpressung aufweisen, so dass sich fragen lässt, ob bestimmte Formen der Verstrickung nicht die klare Unterscheidung in Täter und Opfer problematisch werden lassen. Täter können zuweilen partiell auch Opfer sein - ohne damit exkulpiert zu sein, und ohne dass diese Tatsache im Sinn eines billigen "Opfer sind wir alle" umgedeutet und beansprucht werden dürfte. Das Opfer, das wider Willen zum Mittäter wurde, gleicht deswegen noch nicht dem Täter, der in bestimmter Hinsicht zugleich Opfer gewesen sein mag.

Mit der Einsicht in die moralische Problematik von Verstrickungen fällt ineins die Anerkennung der Tatsache, dass es sich mindestens um ein im moralischen Sinn kritikbedürftiges Fehlverhalten gehandelt hat. Keineswegs alle derjenigen, die auf der Täterseite stehen, finden sich jedoch zu einer solchen Einsicht bereit. Häufig werden selbst schwerste Menschenrechtsverletzungen mit Argumenten gerechtfertigt, die ihnen den Schein von Legitimität verleihen sollen. Besonders wirksam scheint regelmäßig der Verweis auf eine Ausnahmesituation, in der angeblich das Überleben des eigenen Staats, des Staatsvolks oder einer bestimmten Ethnie davon abhängt, dass man den im vorhinein definierten Feind mit allen irgendwie erfolgversprechenden Mitteln bekämpft - ohne Rücksicht auf deren humanitäre Konsequenzen oder moralische Qualität. Die Beanspruchung eines gruppenspezifischen "Sonderethos" führt im Ergebnis zur Destruktion aller Schutznormen für die Menschenwürde derer, die der Gruppe der "Feinde" angehören. Im Namen einer "höheren Moral" wird selbst elementarsten Standards der Menschlichkeit ihre Universalität abgesprochen. Dies kann sich sogar mit herkömmlichen Vorstellungen bürgerlicher Anständigkeit verbinden, so dass die Mitwirkung in Unrechtssystemen dann als rechtfertigungsfähig erscheint, wenn sie frei von anfechtbaren persönlichen Motiven (z.B. dem Streben nach eigener Bereicherung am Eigentum der Opfer) erfolgt.

Wo derartige ideologische Konstrukte auch nach Ende einer Phase politischer Repression die Deutung der eigenen Geschichte bestimmen, scheint die Zäsur in die getrennten Welten der Opfer und Täter unaufhebbar. Zudem drohen unter solchen Umständen die Opfer erneut "unter die Räder" zu geraten; hier unter diejenigen einer naheliegenden Mythologisierung der Ver-

gangenheit, die den Anspruch der Täter auf wenigstens ihre moralische Gleichrangigkeit mit den Opfern, wenn nicht gar auf eine Überlegenheit diesen gegenüber einklagt.

## **2. Chancen und Grenzen verschiedener Wege im Umgang mit belasteter Vergangenheit**

### **2.1 *Notwendigkeit und Schwierigkeit authentischen Erinnerns***

Wer angesichts dieser Ausgangslage nach einem sozialetisch zustimmungsfähigen Umgang mit der belasteten Vergangenheit sucht, wird deswegen zuerst danach fragen müssen, wie man sich dieser Vergangenheit so erinnern kann, dass erlebte und erlittene Geschichte nicht der nachträglichen politischen Instrumentalisierung anheimfällt. Diese Frage weist sowohl einen individuell-persönlichen wie einen gesellschaftlich-politischen Aspekt auf.

Individuelles Erinnern bedeutet für die Opfer zunächst und vor allem Trauerarbeit. Hierzu bedarf es nicht nur einer hinreichenden Zeitspanne; soll Trauerarbeit überhaupt bewältigt werden können, so gilt es oft noch grundlegendes Wissen über Tatbestände zu gewinnen, die bisher im Dunkeln lagen. Solange nicht geklärt ist, was aus einem Angehörigen wurde, den der Sicherheitsdienst "verschwinden" ließ, solange man nicht wenigstens erfahren konnte, wo die eigenen Toten begraben liegen, bleibt der Prozess solcher Trauerarbeit offen und un abgeschlossen. Diese Vorläufigkeit, die zu beenden nicht in der Macht der Trauernden liegt, steht als unübersteigbare Hürde jedem Versuch entgegen, die Vergangenheit auf irgendeine Weise "anzunehmen", die Trauerarbeit wenigstens zu einem Abschluss "bis auf weiteres" zu bringen. Sie verhindert damit auch, dass Vergebung und Versöhnung möglich werden. Denn diese erfordern auf Seiten der Opfer eine Auseinandersetzung mit der eigenen Trauer, die so weit abgeschlossen ist, dass ein erneutes Zugehen auf die Täter ihre psychischen Möglichkeiten nicht mehr überfordert.

Eine zusätzliche Schwierigkeit für solchen Umgang mit der eigenen Trauer bedeutet es, dass der Brückenschlag, der auch das Leiden anderer in den Blick nimmt, häufig misslingt. Schon unter verschiedenen Gruppen, die auf ähnliche Weise zum Opfer wurden, kann gemeinsames Erinnern schwer fallen. Um so mehr gilt dies für die Reflexion von Tätern auf zerstörerische Folgen ihres Handelns. Trauerarbeit führt so zwar in die Auseinandersetzung mit der Wahrheit hinein, ist aber anfällig für Mythenbildungen, die auch schuldhaftes Handeln mancher Toter zu rehabilitieren scheinen. Damit geht es in Prozessen der Trauerarbeit nicht nur um ein individuelles Bewältigen-Können, sondern zugleich darum, einen authentischen Begriff von Erinnerung zu gewinnen. Er zielt darauf, "der Wahrheit, so gut man es vermag, ins Auge zu sehen - ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit" (Richard von Weizsäcker).

An dieser Stelle berühren sich individuelles und gesellschaftlich-politisches Ringen um die Erinnerung - beides steht in der Gefahr, die Deutung jüngster Geschichte an unausgewiesenen, vorgängigen Optionen zu orientieren. Auf diese Weise kommen bestimmte, keineswegs nebensächliche Facetten dieser Geschichte unter Umständen gar nicht in den Blick oder werden jedenfalls unzutreffend gewichtet. Schon die Frage, welche Ereignisse, Umstände und Sachverhalte im Interesse einer authentischen Erinnerung für relevant zu halten sind, wird auch im Licht solcher Vorentscheidungen mitbeantwortet. Deswegen ist es überaus prekär, den Prozess einer sorgfältigen Aufklärung über die historische Wahrheit zeitlich hinauszuschieben: nur die möglichst verzugslose Erforschung des Geschehenen und die sofortige Sicherstellung entsprechender Dokumente kann davor bewahren, dass sich von interessierter Seite mit einer selektiven Verwendung geschichtlicher Fakten Politik machen lässt.

Aufklärung über die historischen Fakten ist also auch dann notwendig, wenn sie nicht oder nicht unmittelbar im Dienste einer Strafverfolgung ehemaliger Täter steht. Und nur wenn sie sich differenzierend dieser Fakten vergewissert, leistet sie einen Beitrag dazu, dass nicht Kollektive mit Schuldvorwürfen überzogen werden, sondern die konkret Handelnden und Entscheidenden in den Blick genommen werden können. Wo man auf diese Weise Tätern und Opfern wenigstens näherungsweise gerecht zu werden versucht, werden gleichzeitig wesentliche Voraussetzungen für mögliche Prozesse der Aussöhnung geschaffen. Polens Ministerpräsident Jan Olszewski wies auf diesen Sachverhalt hin, als er im Dezember 1991 formulierte: "Wenn wir vergeben sollen, so wollen wir wissen, welche Schuld und wem wir vergeben"<sup>1</sup>.

Doch nicht nur die Erhellung tatsächlicher Abläufe und der Rolle konkreter Akteure in ihnen ist vonnöten. Eine Aufklärung über die historische Wahrheit, die diese lediglich rekonstruiert, sich aber im Interesse wissenschaftlicher Objektivität sowohl jegliche Wertung wie jeden Vergleich von vornherein verbietet, kann auch ungewollt zu einer fatalen "Historisierung" des Geschehenen beitragen. Trotz aller Aufmerksamkeit für das Partikulare ist es doch unumgänglich, das Gemeinsame verschiedener Erscheinungsweisen systemisch bedingten Unrechts festzuhalten und jene Strukturen und Mechanismen aufzudecken, die immer neu zur Verstrickung in Schuld und zu extremen Erfahrungen von Leid und Unrecht führen. Wenn auf diesen Versuch verzichtet wird, bleibt es bestenfalls beim namenlosen Entsetzen angesichts der Opfer, die Repression und Machtmissbrauch forderten. Doch es dürfte kaum gelingen, gegen die Wiederholung des Geschehenen Dämme zu errichten. Das Einbringen einer Außenperspektive kann hier hilfreich sein, weil sich aus ihr heraus manche Analyse möglicherweise trennschärfer vornehmen lässt als durch die unter der Last jüngster Traumatisierungen leidenden Betroffenen

---

<sup>1</sup> Zit. nach: Sabine Grabowski, Vom "dicken Strich" zur "Durchleuchtung". Ansätze der Vergangenheitsbewältigung in Polen, in: Osteuropa 48 (1998) 10, 1015-1023, hier 1017.

selbst. Dies gilt insbesondere für Situationen, in denen sich diese Betroffenen nicht ohne weiteres in eine Gruppe der Täter und eine der Opfer unterscheiden lassen, sondern wo Mitverantwortung in komplexer Weise auf allen Seiten zu finden ist.

Über die Arbeit an der Vergewisserung über Fakten und ihre sachgemäße Interpretation hinaus bleibt die Suche nach authentischem Erinnern eine kulturelle Herausforderung von überragender Bedeutung. Es geht darum, eine Erinnerungsgemeinschaft zu begründen, in der das von den Älteren leidvoll Erfahrene dem Vergessen entrissen und im Interesse an einer besseren Zukunft an die Jüngeren vermittelt werden kann. Durch öffentliche Ehrungen der Opfer, Gedenkstättenarbeit, historisch wie didaktisch mit Sorgfalt konzipierte Publikationen, Medienarbeit und überhaupt die Thematisierung dieser Problematik im Bereich von Erziehung und Bildung kann es gelingen, diese Formen kollektiver Erinnerung vor Selektivität und politischer Manipulation zu schützen. Wegen der Brisanz dessen, was es zu erinnern gilt, ist eine solche Erinnerungsgemeinschaft nicht vorstellbar als etwas Fertiges und Abgeschlossenes. Sie wird vielmehr von einer eigenen Dynamik im fortdauernden Ringen um einen angemessenen Umgang mit der Vergangenheit gekennzeichnet sein. Und doch lässt sich nur in ihrem Rahmen, in dem durch sie eröffneten Raum das Nichtakzeptieren dieser Vergangenheit durchhalten - lässt sich vermeiden, dass man schließlich in der einen oder anderen Weise vor ihr kapituliert.

## **2.2 *Strafrechtliche Verfolgung oder Amnestie?***

Der Frage, ob und in welcher Weise Systemunrecht justiziell zu verfolgen ist, kommt vor allem unter dem Gesichtspunkt erhebliche Bedeutung zu, wie weit dies zur Gewinnung authentischer Formen des Erinnerns beitragen kann. In der Suche nach solchermaßen qualifizierter Erinnerung muss es stets auch um eine wertende Stellungnahme zu den aufgewiesenen Fakten gehen, die daran festhält, dass es zwischen Recht und Unrecht sowohl als elementaren moralischen wie rechtlichen Kategorien zu unterscheiden gilt. Entscheidendes hängt daher davon ab, wie weit es tatsächlich gelingt, Unrecht öffentlich als solches zu benennen. Bereits darin liegt eine partielle Rehabilitierung der Opfer solchen systemisch verursachten Unrechts, weil die Bewertung dessen, was sie erlitten haben, nicht lediglich der individuellen, unverbindlichen, als je subjektiv zu relativierenden Stellungnahme übereignet wird.

Der Bedeutung einer strafrechtlichen Aufarbeitung wird man besonders dann gewahr, wenn man sie mit den faktischen Folgen kontrastiert, die Generalamnestien gerade in der jüngeren Vergangenheit regelmäßig mit sich bringen. In Lateinamerika wird das Konzept der "impunidad", der Straflosigkeit, von den Opfern schwerer Menschenrechtsverletzungen nicht nur als eine Verhöhnung empfunden. Es wirkt sich auch so aus, dass die alten Hierarchien erhalten und ihre Verbrechen folgenlos bleiben. Nicht nur drohen dadurch fundamentale Normen von

Recht und Moral in der Gesellschaft zu erodieren. Auch die Chance eines häufig dringend notwendigen Wechsels der sogenannten "Führungseliten" wird damit vergeben. Indem die Kenntnisnahme einer großen Öffentlichkeit von den wirklichen Verhältnissen unter dem alten System und damit die Ächtung seiner menschenrechtsverletzenden Praktiken verhindert wird, erscheint nicht nur die Möglichkeit der Reetablierung eines solchen Systems objektiv begünstigt. Es entfallen auch die Minimalvoraussetzungen dafür, dass es zu einer Versöhnung mit den Opfern kommen kann, da nicht einmal mehr öffentlich feststellbar wird, dass schweres Unrecht geschah. Die historische Erfahrung mit Amnestien scheint immer wieder zu bestätigen, dass sie von den Tätern nicht als ein Akt großmütiger Nachsichtigkeit aufgefasst wird, sondern geradezu als die Etablierung eines subjektiven Anspruchs darauf, sich kritischen Nachfragen im Blick auf die eigene jüngste Vergangenheit entziehen zu dürfen. Unter solchen Voraussetzungen werden jedoch Versuchen Tür und Tor geöffnet, jüngste Vergangenheit im Licht der Interessenlagen von ehemaligen Tätern umzudeuten und die Suche nach authentischen Formen des Erinnerns damit zum Scheitern zu verurteilen.

Aus Lateinamerika stammt ursprünglich auch das Instrument der Wahrheitskommissionen, das einen Mittelweg zwischen schlichter Straflosigkeit auf der einen Seite und einer umfangreichen justiziellen Verfolgung von Tätern auf der anderen ermöglichen soll. Wahrheitskommissionen sind in aller Regel keine frei gewählte Alternative zur strafrechtlichen Aufarbeitung, sondern Kompromisse zwischen den Vertretern des alten Systems und einer Nachfolgeregierung, die im Interesse einer Ablösung des bisherigen Regimes ohne Blutvergießen als unvermeidlich erachtet werden. Ihr Prinzip beruht darin, dass ein Täter Straffreiheit erlangen kann, wenn für seine Vergehen politische Gründe maßgebend waren, er sie öffentlich eingesteht und bei der Aufklärung der repressiven Strukturen und Funktionsweisen des alten Systems mitwirkt. Auch im Rahmen von Wahrheitskommissionen geht es darum, dass Menschenrechtsverletzungen offiziell anerkannt und verurteilt werden können. Solche Kommissionen sind deswegen nicht lediglich eine zusätzliche Variante von Amnestien, die an deren grundsätzlicher Fragwürdigkeit gleichermaßen teilhätte.

Zudem ist mit ihnen die Hoffnung verbunden, dass einer möglichst großen Zahl von Opfern durch die Möglichkeit, über das ihnen Widerfahrene öffentlich zu sprechen, etwas von ihrer Würde zurückgegeben werden kann - nicht nur für sie selbst, sondern auch für ihre Leidensgefährten. Nur durch Aufdeckung der Wahrheit lässt sich auch verhindern, dass aus dem Versäumnis, einzelne zu bestrafen, ganzen Völkern die Schuld an Gräueln zugeschoben wird und ethnische oder religiöse Gruppen zu bequemen Sündenböcken werden. Das Unrecht bleibt, wo es im Rahmen einer Wahrheitskommission öffentlich festgestellt wird, zwar ungesühnt, aber weder verborgen noch vergessen. Die Arbeit solcher Kommissionen kann so wesentlich dazu beitragen, dass jene Formen authentischen Erinnerns gefunden werden, die dagegen

schützen sollen, dass sich menschenrechtsverletzende politische Praktiken erneut etablieren lassen.

Gleichwohl ist eine nüchterne Einschätzung auch der Grenzen solcher Kommissionen unumgänglich. Nicht selten steht am Schluss der Anhörungen von Verantwortlichen für schwerste Menschenrechtsverletzungen das Ergebnis "Wahrheit ohne Gerechtigkeit - und ohne Reue". Dies tendiert einerseits dazu, die privilegierte Position von Tätern und demgegenüber die prekäre soziale Situation vieler Opfer noch zu befestigen. Zum anderen wird daran deutlich, dass Wahrheitskommissionen nicht automatisch, sondern bestenfalls unter zusätzlich zu schaffenden Voraussetzungen für Prozesse der Aussöhnung zwischen Tätern und Opfern hilfreich sind. Die Anhörungen der südafrikanischen Kommission für Wahrheit und Versöhnung haben vielfältig belegt, dass insbesondere für Menschen, die ihre engsten Angehörigen durch staatlich sanktioniertes Unrecht oft auf grausame Weise verloren haben, Straflosigkeit für diejenigen Verantwortlichen, die ihr Tun angesichts seiner Folgen nicht einmal bereuen, eine kaum erträgliche Vorstellung ist.

Aus mehreren Gründen ist es jedoch häufig kaum möglich, die faktische Amnestierung einer großen Zahl von Mittätern - entweder sofort oder nach Ablauf bestimmter Fristen - zu umgehen. Praktische Erwägungen führen oftmals dazu, bestimmte Personengruppen von Strafverfolgung auszunehmen, auf die man sich wegen ihrer funktionalen Kompetenz vor allem in den Bereichen Wirtschaft und öffentliche Verwaltung angewiesen sieht. Hinzukommen kann die Furcht davor, dass sich ein großer Kreis von strafrechtlich Verfolgten zu einem gefährlichen Potential von sich diskriminiert Fühlenden und Unzufriedenen entwickelt, das die noch schwache neue politische Ordnung destabilisieren könnte. Außerdem würden Strafverfolgungen im großen Stil die Möglichkeiten wohl auch des effizientesten Justizsystems überfordern, jedenfalls soweit sich dieses an rechtsstaatliche Standards gebunden sieht.

Einer dieser Standards ist der Grundsatz "nulla poena sine lege", dem gemäß Strafen im Regelfall nur für Handlungen verhängt werden können, die zum Zeitpunkt, zu dem sie begangen wurden, nach damals geltendem Recht strafbar waren. Im Interesse der Wahrung von Rechtssicherheit und um dem Vorwurf der "Siegerjustiz" zu entgehen, rekurrieren z.B. die höchsten deutschen Gerichte nur in extremen Ausnahmefällen auf überpositive Rechtsnormen, die als grundlegend für die Rechtsvorstellungen aller zivilisierten Staaten gelten. Regelmäßig tragen aber repressive Regime dafür Sorge, das positive Recht so weit wie möglich ihrer Regierungspraxis anzupassen, wodurch die Strafbarkeit vieler Handlungen, die schließlich zu systematischen Menschenrechtsverletzungen führen, faktisch beseitigt wird. Insbesondere der Erfolg von Zersetzungsstrategien gegen Personen, deren Biographie dadurch zerstört wurde, kann

auf vielen einzelnen Aktionen beruhen, die je für sich nicht straffähig sind; vielfach nicht einmal nach den Normen eines Rechtsstaats.

Ein weiteres Prinzip von Rechtsstaatlichkeit ist die Gleichheit vor dem Gesetz, auch dem Strafgesetz. Sie macht es angreifbar, Täter, deren verwerfliches Tun gewissermaßen am Ende einer Handlungskette steht, mit gravierenden Sanktionen zu belegen, wenn nicht die Verantwortung für geschehenes Unrecht auf Seiten ihrer Auftraggeber in annähernd vergleichbarer Weise aufgedeckt und geahndet werden kann. Auch diese Einsicht hat in Deutschland zu einer eher zurückhaltenden Praxis bei der Verurteilung sogenannter "Mauerschützen" geführt. Ethisch wie juristisch äußerst problematische Verzerrungen liegen ebenso dort vor, wo die Bereitschaft ehemaliger Täter, sich zu offenbaren und Reue zu zeigen, sich nicht zu ihren Gunsten auswirkt, sondern ihnen nochmals gravierend schadet. Wo der Reuige bestraft und im Ergebnis die Beweislast zu seinen Ungunsten verkehrt wird, hingegen derjenige, der seine Verstrickungen geschickt verbirgt und ableugnet, dafür noch mit dem Erfolg dieser Strategie belohnt wird, hat dies nicht nur gravierende Folgen für das gelebte gesellschaftliche Ethos. Es untergräbt darüber hinaus die Voraussetzungen dafür, dass Rechtsstaatlichkeit als - trotz aller Unzulänglichkeiten - gerade im Interesse von mehr Gerechtigkeit unverzichtbares Verfassungsprinzip bejaht wird. In solchen Fällen kann daher das Bestehen auf strafrechtlicher Sanktionierung zu rechtspolitisch kontraproduktiven Resultaten führen.

Im Licht jüngster Erfahrungen in Südafrika und Deutschland mit den Vorzügen, aber auch Unzulänglichkeiten der jeweils angewendeten Verfahren zur Aufarbeitung schwerwiegender Rechtsverletzungen in der Vergangenheit wurde vor kurzem vorgeschlagen, Strafjustiz und Wahrheitskommission miteinander zu kombinieren<sup>2</sup>. Die Kooperationsbereitschaft mit der Kommission solle dann nicht strafbefreiend, wohl aber strafmindernd wirken. Zudem böten Wahrheitskommissionen den Vorzug, dass die Aufklärung der vor ihnen verhandelten Sachverhalte wesentlich breitere Teile der Öffentlichkeit erreichen könne als ein Strafverfahren; die gesamtgesellschaftliche Anteilnahme an der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit werde dadurch erheblich gestärkt. Mir scheint dieser Gedanke überlegenswert, zumal das Gelingen des Versuchs, authentische Formen kollektiven Erinnerns zu finden, von einer Vergewisserung der Gesamtöffentlichkeit über verbindliche Unterscheidungen zwischen Recht und Unrecht wesentlich abhängt.

---

<sup>2</sup> Vgl. Stefan Ulrich, Schmerzvolle Wahrheiten, in: Süddeutsche Zeitung 7. 1. 1999, 4.

### **2.3 *Gerechtigkeit und Heilung für die Opfer - eine Fiktion?***

Systematisch verübte, elementare Verletzungen der Gerechtigkeit, die sich teilweise über Jahre und Jahrzehnte erstreckten und einer langen Kette von aufeinander aufbauenden Handlungen entstammten, mit den Mitteln des Rechts revidieren zu wollen, erweist sich nicht nur in strafrechtlicher Hinsicht als eine Illusion. Ein beschädigtes Leben bleibt beschädigt; niemand kann die zu Tode Gequälten ins Leben zurückholen; es gibt Formen der Zerstörung sozialer Beziehungen und Lebenswelten, die irreversibel sind, so dass alle Anstrengungen zur „Bewältigung“ dessen, was erfahren wurde, an der Endgültigkeit der angerichteten Zerstörung scheitern. Manchmal gelingt es nur noch, das Geschehene mit den Mitteln der Kunst zur Darstellung zu bringen - in der Hoffnung, dass sich das, was sich nicht mehr diskursiv vermitteln lässt, dem Adressaten auf jene andere Weise erschließt. Margarethe von Trotta hat in ihrem Film „Das Versprechen“ diese Annäherung an die deutsch-deutsche Wirklichkeit versucht, Carlos Lemos beschreibt die Situation während der Militärdiktatur in Argentinien in seinem Film „Das Schweigen der Herren“; bekannter geworden ist freilich Ariel Dorfmans filmische Reflexion über Chile in „Der Tod und das Mädchen“.

Nur zögerlich lassen sich angesichts einer Wirklichkeit, die sich von außen vielleicht nur in dieser Weise der Präsentation angemessen erfassen lässt, Wörter wie „Wiedergutmachung“, „Entschädigung“ und „Rehabilitierung“ zur Bestimmung dessen verwenden, was um eines Mindestmaßes an Gerechtigkeit willen den Opfern geschuldet ist. Es scheint, als seien solche Aufgabenbeschreibungen am ehesten gegenüber solchen Personengruppen angemessen, bei denen das ihnen zugefügte Unrecht noch in nennenswertem Umfang korrigiert werden kann. Je schwerwiegender die erlittenen Demütigungen, um so geringer sind offenbar die Möglichkeiten, dem Opfer zumindest in elementarer Weise Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. Eine späte Rehabilitierung zu Unrecht verurteilter oder benachteiligter Opfer und Leistungen materieller Wiedergutmachung können jedoch ein Weg sein, die Würde der Opfer ein Stück weit wieder aufzurichten, das von ihnen erlittene Unrecht anzuerkennen und seine Auswirkungen wenigstens zu lindern. Dem Symbolwert von Versuchen einer Wiedergutmachung hinsichtlich ihrer kulturellen und sozialen Dimensionen kommt damit eine weitaus höhere Bedeutung zu als ihren unmittelbar materiellen Auswirkungen. Auch verschiedene Weisen des Bemühens um authentische Formen kollektiven Erinnerns können im weiteren Sinn als solche Akte der Wiedergutmachung angesehen werden. Sie alle zielen darauf, gegen das allmähliche Vergessen anzuarbeiten, das über Zeit die Opfer ein zweites Mal zu Opfern werden lässt.

Darüber hinaus bedarf es eines gesellschaftlich-politischen Konsenses darüber, dass hinreichende Hilfsangebote für solche Menschen bereitgestellt werden müssen, die mit der Last ihrer Erinnerungen auch heute kaum leben können. Unter Traumatisierungen infolge erlittener Verfolgung, sowohl der eigenen Person wie von Nahestehenden aus dem Familien- und

Freundeskreis, leiden weltweit Zig-Millionen von Menschen. Es geht nicht an, die persönlichkeitszerstörenden Folgen ihres individuellen Schicksals nur zu beklagen, die Betroffenen jedoch letzten Endes mit ihrer Situation allein zu lassen.

Aber wie kann ihnen wirksam geholfen werden? Zu Notwendigkeit und Schwierigkeit eines therapeutischen Umgangs mit traumatisierten Menschen hat sich mittlerweile eine intensive Diskussion entwickelt<sup>3</sup>. In ihr wird darauf hingewiesen, dass viele der Opfer durch Therapieangebote kaum oder gar nicht erreichbar sind; dass es zu wenige dafür geeignete Therapeuten gibt; dass sich viele der Traumatisierten auch in Therapieversuchen nicht zu öffnen vermögen und deswegen der Nachweis einer Traumatisierung, der einen Entschädigungsanspruch begründen könnte, häufig schwer fällt. Überdies bleibt der Umgang mit Traumatisierungen riskant: er bietet im günstigen Fall Hilfestellungen, die es den Klienten ermöglichen, trotz der erlittenen Schädigungen persönliche Formen der alltagspraktischen Lebensbewältigung zu entdecken und die dazu notwendigen Kraftressourcen in sich zu erschließen. In anderen Fällen ereignen sich schwer zu beherrschende Retraumatisierungen, die sich aus der Konfrontation mit der unbewältigten, partiell verdrängten Leiderfahrung in der Therapiesituation ergeben können.

Doch auch wenn es keinen risikofreien Weg aus erlittenen Traumatisierungen geben dürfte, so erscheint es als eine elementare Forderung der Gerechtigkeit, den Umfang der Hilfsangebote über das heutige Maß hinaus zu erweitern. Dies betrifft sowohl die Zahl qualifizierter Therapeuten wie - davon abhängig - die der Therapieplätze. In ihnen müssten sich „geschützte Räume“ eröffnen, die den Betroffenen dazu helfen, die inneren Schutzmauern, die oft notwendig wurden, um die Bitterkeit über erlittenes Leid ertragen zu können, allmählich und behutsam abzubauen. Oft werden erst dadurch ein Zulassen der eigenen Trauer und Prozesse der Auseinandersetzung mit ihr aller erst ermöglicht.

Ist mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit therapeutischer Traumabearbeitung das Letzte gesagt, was hier möglich ist? Wie steht es um Kategorien wie Vergebung und Versöhnung, die angesichts schwerer Schuld Tätern und Opfern einen Weg eröffnen wollen, wie sie ihre Zukunft gemeinsam bestehen und gestalten könnten, statt durch Welten voneinander getrennt zu bleiben? Haben auch solche Kategorien etwas mit jenen Heilungsprozessen zu tun, deren Ausbleiben viele der von solchen Unheilszusammenhängen Betroffenen schmerzlich konstatieren?

---

<sup>3</sup> Vgl. z.B. Stefan Priebe / Doris Denis, *Leiden bis heute - über die psychischen Folgen politischer Verfolgung in der DDR*, in: *Nervenheilkunde* 17 (1998) 84-90, hier 88f.; zur Diskussionslage insgesamt Willi Butollo / Marion Krüsmann / Maria Hagl, *Leben nach dem Trauma. Über den therapeutischen Umgang mit dem Entsetzen*, München 1998. Für den Hinweis auf diese Arbeiten danke ich Frau Dipl.-Theol. Veronika Bock.

### 3. Versöhnung - mehr als ein Wort?

In Buchenwald wies Weihbischof Schwarz darauf hin, dass menschliche Sprache immer nur Annäherungen an das Abgründige dessen erlaubt, was mit Wörtern wie „Schuld“, „Reue“, „Vergebung“ und „Versöhnung“ gemeint ist. Er betonte: „Ich glaube nicht, dass wir das, was im Herzen erlebt worden ist und was den Geist regelrecht durchbohrt hat, in Worte fassen können, in welcher Sprache auch immer.“ Ganz ähnliches gilt für das, was von den Opfern erfahren wurde; Simon Wiesenthal sagt: „Man kann in die Nähe kommen, aber man kann niemals ein Leiden schildern, wie es ist.“ In Ruanda, so hörten wir, ist die Rede von einer zweiten Art, getötet zu werden: durch die Einpflanzung des Hasses in die Seelen der Menschen angesichts der erlebten Gräueltaten, auf der Seite der Überlebenden wie auf der der Mörder. Der jüdische Schriftsteller Elie Wiesel, selbst Überlebender von Auschwitz, hat das daraus resultierende Problem auf eine einfache Formel gebracht: „Hass zerbricht den Gehassten, aber ebenso zerbricht er den Hassenden.“

Das Wichtigste könnte sein, dazu beizutragen, dass die Atmosphäre des Hasses verlassen werden kann - danach zu suchen, wie man besonders den Opfern tragischer Verstrickungen dabei helfen kann, dass sie mit den Beschädigungen weiterleben können, die die unversöhnte Situation in ihnen angerichtet hat. Solches Bemühen müsste für alle, die für den Umgang mit belasteter Vergangenheit eine Mitverantwortung empfinden, an erster Stelle stehen. Gewiss ist zu hoffen, dass sich darüber hinaus in möglichst vielen Fällen Wege eröffnen, zu Vergebung und Versöhnung zu gelangen. Doch nur wenig scheint hier im Sinn planbarer Schritte möglich zu sein. Es sei deswegen abschließend lediglich an einige Voraussetzungen erinnert, ohne die die Suche nach Versöhnung immer wieder scheitern muss.

Vor der Möglichkeit, zu vergeben und sich zu versöhnen, steht die Notwendigkeit der Trauerarbeit, für Opfer und Täter; deswegen bedarf es der Zeit. Versöhnung wird beiderseits nur dort möglich, wo sie in einem moralischen Kontext gesucht wird, der nicht überlagert ist vom gewissermaßen strategischen Interesse, dadurch die eigene Position aufzuwerten. Versöhnung kann nur dort gelingen, wo zuvor Unrecht als solches feststellbar und bereut wurde; sie hat nur dort eine Chance auf Dauerhaftigkeit, wo nicht schon der Keim neuen Unrechts mitgesät wird. Niemand kann stellvertretend für andere Verzeihung aussprechen, so wenig, wie er stellvertretend für andere bereuen kann. Auch zum Verzeihen bedarf es einer Legitimation. Wie soll jemand, dessen nächster Angehöriger grausam gequält und ermordet wurde, denen vergeben, die dem Opfer dies antaten? Versöhnung und Vergebung sind dort, wo sie existenziellen Ernst gewinnen, gerade nicht einklagbar wie moralische Pflichten. Denn sie hängen von Vorausset-

zungen ab, die durch Willensakte allein nicht herstellbar sind. In den seltenen Fällen, in denen Opfer den Tätern schon vor deren Bitte um Vergebung verzeihen und sich befreien können von der Gefangenschaft in den eigenen traumatischen Erinnerungen, erfahren sie dies nicht als eine eigene Leistung, sondern als ein Geschenk, eine Erlösung.

Aber auch Täter können sich nicht unter beliebigen Voraussetzungen öffnen. Für sie ist es überaus schmerzlich, sich der eigenen Schuld zu stellen - zumal im Gegenüber des Opfers. Zeichen für dessen Vergebungsbereitschaft sind für sie von größter Bedeutung. Oft liegt hier ein Dilemma, solange sich die Opfer aus leicht mitvollziehbaren Gründen dazu nicht imstande sehen. Die Frage ist deswegen nicht: "wer muss bereit sein zum ersten Schritt?", sondern sie müsste lauten: "wer ist dazu imstande, und wie kann man ihm dazu helfen?" Und wie steht es um den zweiten Schritt, nachdem der erste voller Kraftanstrengung gegangen wurde? Alle Vergebungsbereitschaft der Opfer läuft ins Leere, wo Täter die Vergebung nicht annehmen.

Auch für Prozesse der Aussöhnung bedarf es deswegen „geschützter Räume“, in denen das Risiko tragbar wird, sich darauf einzulassen - für Täter und Opfer. In ihnen wäre nicht sofort nach konkreten Versöhnungsschritten Ausschau zu halten, sondern es müsste zunächst darum gehen, den Opfern die Annahme ihres Schicksals etwas zu erleichtern. Viele von ihnen streben nicht unmittelbar nach Versöhnung mit den Tätern, sondern wollen zunächst zu sich selbst zurückfinden können. So dienen solche „geschützten Räume“ nicht direkt dazu, Täter-Opfer-Gespräche zu ermöglichen, sondern verdanken sich zuerst dem Versuch, die Opfer aus der Isolation zu befreien, in die sie nicht selten geraten sind. Dies könnte ihnen dazu helfen, mit der Zeit auch auf ehemalige Täter wieder zugehen zu können.

Vielleicht wäre dies ein Dienst, den am ehesten die Kirchen zu leisten vermögen - ein Dienst auch, der nicht zuletzt den Menschen im Osten und Westen Deutschlands ihren mühsamen Weg zur inneren Einheit entscheidend erleichtern könnte.

*Wolfgang Templin:*

## **Eine unbewältigte Hypothek.**

### **Die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur seit 1990. Eine kritische Bilanz**

Lassen Sie mich meine Ausführungen mit ein paar Angaben zu meiner Person beginnen: Jahrgang 48, in Jena geboren. Mit 20 begann ich mein Studium an der Berliner Humboldt-Universität im Fach Philosophie als ziemlich naiver, gläubiger, nicht verbohrt, aber überzeugter Jungkommunist und aktives SED-Mitglied. Fünf Jahre später, mit Mitte 20, war ich ein desillusionierter, einigermaßen ratloser, vom inneren Selbstverständnis her marxistischer Linksoppositioneller. Das war die Zeit meiner Tätigkeit in einem hochkonspirativen trotzkistischen Zirkel an der Universität. Wir waren so konspirativ und so gut organisiert, dass wir unseren eigenen Ausforscher natürlich mitten unter uns hatten, der unsere gesamte Gruppengeschichte minutiös aufzeichnete.

Dann kam für mich ein wichtiger und glücklicher Umstand hinzu: ein einjähriger Studienaufenthalt in Polen. Damals war ich ein zwar wackliger, aber immerhin noch geduldeter Unika-der. Dieses Jahr 1976/77 hat für mich die innere Möglichkeit verstärkt, die individuelle Loslösung zu vollziehen, d.h. weg von dieser sich immer noch im Gehäuse marxistischen Denkens bewegenden Linksopposition hin zur wirklichen inneren Suche und Entwicklung. Diese führte mich ab der zweiten Hälfte der 70er Jahre auch in den sogenannten Raum der Kirche, der mir bis dahin ein Buch mit sieben Siegeln war. Ich knüpfte Kontakt zu einzelnen engagierten Pastoren und Gruppenmitgliedern - Edelbert Richter, Markus Meckel, Martin Gutzeit - wobei für mich immer die Frage danach im Vordergrund stand, was die Gesellschaft, in der ich lebe, in der ich aufgewachsen bin, mit der ich mich identifiziert habe, positiv wie negativ zusammenhält.

Was steckt eigentlich hinter dieser Entwicklung, die ja in so vielfältiger Weise wahrgenommen wurde - von den einen als Chance zum besseren Neubeginn, von den anderen als neue Sackgasse, von den Dritten mit einem großen Fragezeichen?

Dieses Fragezeichen wurde für mich in den folgenden Jahren entscheidend, weil ich mir nicht wieder vorschnell eine neue Antwort zurechtlegen wollte, auch nicht in Gestalt fertiger Kritik. Es hat mich, was die berufliche und soziale Situation betrifft, ins Aus gebracht. Und ein Aus in der DDR hieß Abschied vom akademischen Leben, bedeutete für mich aber gleichzeitig die Entdeckung einer neuen Welt; also dessen, was damals im Berliner Prenz-

lauer Berg, aber auch in vielen anderen Städten und Regionen (allerdings unter schwierigeren Bedingungen) die sogenannte Alternativszene war. Es war mehr als ein politisches Suchen, auch mehr als der Raum der Kirche, es war ein eigener Lebensradius, in dem sich viele neue, wichtige Erfahrungen ergaben, in dem - und das war die in der Landschaft der Diktatur fast unmöglich erscheinende große Ausnahme in der DDR - der Wert der Freiheit individuell hochgehalten und bereits gelebt wurde; zu Zeiten, in denen diese Staatlichkeit noch fest und unverrückbar schien.

So waren für mich die 80er Jahre etwas ganz Neues; ich kann sie nicht auf einen Nenner bringen. Zwar könnte ich die äußere Unsicherheit bis hin zur Repression schildern, aber manchmal ist es mir lieber, die andere, für mich positive Seite zu erwähnen: das Entdecken anderer Erfahrungen jenseits von meinen bisherigen, die an bestimmten Punkten wiederum Reibungsflächen boten, mich voranbrachten oder auf produktive Weise weiter verunsicherten. Dazu gehörte es, ganz andere Biographien kennen zu lernen, Solidarität in schwierigen Situationen zu erleben und plötzlich zu spüren, dass so abgeschnitten diese DDR gar nicht war. Man konnte von staatlicher Seite die Mauer weiterhin krampfhaft verteidigen, die Staatssicherheit ausbauen, die Gruppen isolieren, und dennoch haben wir in den 80er Jahren bereits intensive Ost-West-Kontakte erlebt. Das waren nicht nur deutsch-deutsche Begegnungen; es kamen auch neugierige, interessierte Menschen aus der westeuropäischen Friedensbewegung, aus den USA und aus Osteuropa, die trotz aller Probleme und Schwierigkeiten Verbindung mit uns aufnahmen. Das war eine sehr wichtige Erfahrung; diese Kontakte waren ja nicht nur für die Arbeit von Bedeutung, nicht nur technischer Natur, sondern das waren zugleich menschliche Begegnungen. Dabei waren mir auch Kontakte mit kritischen Kirchenvertretern wichtig, z.B. aus den Niederlanden, aus England, aus den USA. Für diese Entwicklung könnte ich also verschiedene Seiten und Erfahrungswelten schildern. Sicher gehört dazu auch das Gefühl, es nicht mehr weiter zu schaffen, an der Grenze der eigenen Belastbarkeit angelangt zu sein. Man schaut sich und die Familie an, bemerkt die innere Verhärtung und fragt sich: „Wozu? Wohin kann das überhaupt führen?“ Wenn ich Bilder von mir aus dieser Zeit anschau, dann sehe ich Züge in meinem Gesicht, die ich mit diesen Erfahrungen und mit dem Gefühl, am Rand zu stehen, verbinde.

Als ich mich auf Ihre Einladung hin mit dem Thema auseinander setzte und noch einmal zurückging, habe ich mir die Frage gestellt: „Wie war das eigentlich vor genau zehn Jahren?“ Der Januar 1989 war nach meiner eigenen Wahrnehmung der Auseinandersetzung, in der ich ja seit geraumer Zeit steckte, eine Schlüsselzeit. Damals war ich nicht in Ostberlin, denn wir hatten infolge der Luxemburg-Liebknecht-Gegendemonstration ein Jahr zuvor ab Februar 1988 einen sogenannten, von der Kirche mitorganisierten und beschirmten Studienurlaub im Westen zu machen. Das war natürlich nur der Deckmantel für die in der Haft ar-

rangierte Abschiebung, die für eine Reihe von Personen galt - Bärbel Bohley, Werner Fischer, Vera Lengsfeld - mit ganz unterschiedlichen Fristen zwischen einem halben und - für uns - zwei Jahren. Wir wurden also mit DDR-Pass in den Westen gesetzt und hielten verbissen an dem Willen fest, zurückzukehren, obwohl mich an die Staatlichkeit, an die Identität der DDR kaum noch etwas band; an die offizielle sowieso nicht, an die andere natürlich die Kontakte und das Gefühl, die anderen verlassen zu haben.

Und im Januar 1989, ein knappes Jahr nach diesen Ereignissen - wir hatten natürlich mit fiebriger Ungeduld jedes Signal für sich abzeichnende Prozesse aufgenommen -, da passierte etwas, das mir nicht nur die Ahnung, sondern fast schon die Gewissheit gab, dass die Entwicklung, die ich erhoffte, nicht erst in Jahren, sondern bereits in Monaten eintreten würde. Ein Jahr nämlich nach dieser Gegendemonstration in Berlin, wo die Stasi mit einem Riesenaufgebot die zumeist ohnehin bereits mit dem Ausreiseantrag in der Tasche lebenden Demonstranten weggriff und dann in Schnellverfahren auswies, wurde in Anknüpfung daran eine Gegendemonstration in Leipzig organisiert. Es waren viel jüngere Leute als wir, die meisten wohl zwischen 20 und 30, sie kamen aus kirchlichen Gruppen, und das Motiv der Mehrzahl von ihnen war - soweit ich mich hoffentlich richtig erinnere -, dieses Signal des politischen Protestes aufzunehmen, und zwar nicht in Berlin, sondern in Leipzig, aber selbst bei Verhaftung nicht in den Westen zu gehen. Und hier geschah das Wunder, dass es binnen 14 Tagen gelungen ist, die Verhafteten freizubekommen. Wir haben von der Bundesrepublik aus unternommen, was wir konnten, um Informationen darüber, was dort passiert war - die Namen der Verhafteten, ihre Identität, die Situation in den Tagen danach - bekannt zu machen und Unterstützung zu organisieren. Die Situation war bereits so, dass die Inhaftierten nach unüblich kurzer Frist freigelassen wurden. Und seit der Zeit ist in Leipzig keine Ruhe mehr eingekehrt. Woche für Woche haben sich diese öffentlichen Proteste und Demonstrationen - ob nun als Friedensgebet oder als Veranstaltung, die im Freien endete - fortgesetzt.

Ich habe dieses Beispiel an den Anfang gesetzt, weil es für die Beantwortung der Frage von Bedeutung ist, ob die Fehler, Versäumnisse und Misserfolge in der Aufarbeitung des Erbes der SED-Diktatur nach 1989/90 zwangsläufig waren. Es stimmt nicht, dass die Ereignisse unerwartet über uns hereinbrachen und uns deshalb völlig unvorbereitet trafen und mit sich fortrissen. Ohne Prophet zu sein, ohne einen politischen Terminkalender oder ein fertiges Szenario in der Tasche zu haben, wurde bereits in den 80er Jahren deutlich, dass die Konstellation der Kräfte und Gegenkräfte, die wir nach 1989 erlebt haben - für die Öffnung der Akten oder dagegen mit allen Abstufungen dazwischen -, nicht in Ost und West zu trennen ist, sondern immer quer zur Grenze verlief. Diejenigen, die Aufklärung und Aufarbeitung wollten, aus der DDR - Oppositionelle, Bürgerrechtler, Opfer oder Menschen, die im Raum

der Kirche Verantwortung übernahmen - und mit anderen biographischen Vorzeichen aus dem Westen, haben ihre Bemühungen miteinander verbunden. Die Auseinandersetzung fand von vornherein west-ost-übergreifend statt. Es war eine Minderheit, aber eine erhebliche Minderheit. Auf der anderen Seite stand die Koalition derjenigen, die diesen Prozess nicht wollte, nicht wichtig nahm, sich ihm am liebsten entziehen wollte und sich verweigerte. Sie war ebenfalls sowohl im Osten als auch im Westen verankert, geleitet von unterschiedlichen Interessen, aber miteinander verbunden in der Haltung der Abwehr, der Ablehnung, in der Minimierung dessen, was als positives Ergebnis einer solchen Aufarbeitung und Aufklärung gelten kann.

Die Zusammensetzung der verschiedenen Seiten ist nicht statisch. Zahlreiche Menschen, die 1989 wirklich als Überraschung erlebt haben und individuell überfordert waren, haben vielleicht zwei bis drei Jahre später die Bedeutung dessen erst erfasst, worauf andere von Beginn an gedrängt haben: keine gelingende Vereinigung im Sinne einer wirklichen inneren Einheit, kein gesellschaftlicher Frieden ohne Aufarbeitung; keine Aufarbeitung ohne Öffnung der Akten; keine Rehabilitierung der Opfer ohne Auseinandersetzung mit den Tätern. Ich denke, manche Leute haben das einige Jahre später begriffen. Andere wiederum, die den guten Willen dazu erklärten und sicher auch hatten, haben im Laufe der Zeit gemerkt, welche Widrigkeiten, welche Spannungen und welche gesellschaftlichen Widerstände dieser Prozess auslöst, und sagen heute vielleicht, das könne man einer Gesellschaft nicht zumuten, das überfordere sie und erzeuge nur Unruhe. Das führe ich an um zu zeigen, dass ich hier nicht über von vornherein feststehende Positionen oder statische Verhältnisse für den Verlauf dieser Auseinandersetzung spreche.

Ich will aber noch auf einige Voraussetzungen kommen, die mir auch durch meine Erfahrungen im Westen vor 1989 deutlich wurden; Voraussetzungen dafür, dass sich die Aufarbeitung als Hypothek erweist. Unter Menschen, die in der DDR zu Opfern staatlicher Gewalt wurden und solchen, die die Auseinandersetzung mit der Diktaturgeschichte betreiben, ist folgende These beliebt: „In der Bundesrepublik gab es bis in die 70er Jahre hinein eine anti-kommunistische, gegen die DDR gerichtete Grundhaltung, der die DDR als Unrechtsregime, als Diktatur galt und die eine Haltung der Ablehnung und der politischen Konfrontation war. Diese Grundeinstellung ist dann in den 70er und 80er Jahren aufgeweicht, sogar aufgegeben worden.“ Eine These, die nur diesen Strang heraushebt, ist mir zu einfach und bringt einseitige politische Schuldzuweisungen mit sich. Soweit ich die gesellschaftlichen und politischen Verschiebungen in der Bundesrepublik beurteilen kann - ich habe sie als Zeitgenosse zum einen aus der Entfernung selbst erlebt in den 70er, frühen 80er Jahren und dann noch einmal retrospektiv in der Bundesrepublik -, meine ich, dass sich hier mehrere Prozesse miteinander verschlungen haben. Ich sehe in dem, was man die 68er-Bewegung und

deren Folgen nennt - nicht in den politischen Ausuferungen der K-Gruppen, sondern im Generationen-Konflikt und in den gesellschaftlich-kulturellen Veränderungen - letztlich ein Positivum. Ein Beispiel dafür ist, dass Halbheiten und Einseitigkeiten in der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit gerade in diesen letzten zwanzig Jahren in der Bundesrepublik stärker wahrgenommen wurden. Teil dieses Generationenprotestes war es, den Eltern Fragen zu stellen - und das haben wir für die nächste Hypothek, da bin ich mir sicher, noch vor uns: „Warum habt Ihr so lange geschwiegen, warum blendet Ihr Euch selbst aus dieser Auseinandersetzung aus? Warum zeigen die alten Briefe meinen Vater ganz anders, als er sich jetzt selbst darstellt? Was ist da eigentlich wirklich passiert, was ist Euer konkreter Anteil am Geschehenen?“ Daraus ergab sich für mich die ratlose Frage an diejenigen aus meiner Generation, die in der Bundesrepublik gelernt hatten, auf die Geschichte ihrer Eltern zurückzublicken und die Auseinandersetzung zu führen: „Wäre das nicht eigentlich eine erneute Chance gewesen? Und hätte das nicht bedeutet, den Blick für die gegenwärtige Situation und für die neue Diktatur zu schärfen, die sich unter anderen Vorzeichen herausgebildet hat - nicht gleichzusetzen, aber in vielem sehr wohl vergleichbar?“ Dieser Prozess, der in der Bundesrepublik im wichtigen und positiven Sinne zur Sensibilisierung, zur konsequenten Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus führte und der in der Gegenwart glücklicherweise bedeutet, dass gegenüber dieser Phase der Geschichte gesellschaftlich akzeptierte Wertungen und Maßstäbe vorhanden sind, die man nicht ungestraft relativieren, infrage stellen oder außer Kraft setzen kann, hat leider nicht dazu geführt, die Maßstäbe für das Verhalten und die Verantwortung einer Demokratie gegenüber Diktaturen soweit konsequent auszubauen, dass auch die gegenwärtig anstehenden Fragen gestellt werden.

Auf die Frage, welche Hoffnungen ich vor 1989 hatte, antworte ich immer, dass ich den Wunsch hatte, die positive gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik hätte stärker und bis in die 80er Jahre hinein zu einer Sensibilisierung für das geführt, was DDR war, was mit den Menschen in der DDR passierte, worin Chancen für Veränderungen bestanden und welche Veränderungspotentiale es gab. Einige Menschen brachten diese Sensibilität auf. Ich kann zahlreiche Beispiele aus unseren Westkontakten nennen: eine verschwindende Minderheit bei den Grünen, kritische Kirchenleute, Aktivisten aus den Friedensgruppen, einzelne Sozialdemokraten. Für sie war die Lehre der Geschichte unteilbar, war die konsequente Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und die Frage danach, was Diktaturen Menschen antun können, wozu sich Menschen in Diktaturen hergeben, als Grundlage für die Auseinandersetzung mit der DDR präsent. Und deshalb gab es bei Einzelnen, die einer kleinen Minderheit angehörten, Maßstäbe wie diese: "Wenn wir Kontakte in die DDR aufnehmen, dann vor allem zu denjenigen, die dort erkennbar, wenn auch z.T. noch unter dem Dach der Kirche, Widerstand leisten. Wenn es zu - in vielen Bereichen unerlässlichen - offiziellen Kontakten kommt, dann unter dem Vorzeichen, dass wir deutlich für die Unterdrück-

ten Partei ergreifen, dass wir dem Gesprächspartner keinen Millimeter an moralischem Kredit über das hinaus geben, was ihm zukommt, dass in allem, was wir in Gesprächen, Kommentaren und Erklärungen verlauten lassen, sichtbar wird, dass wir die Augen offen halten angesichts dessen, was uns aus der offiziellen DDR entgegenkommt."

Ich erinnere mich immer wieder an einen guten alten Freund, einen niederländischen Sozialdemokraten, der seine Freunde schallend auslachte, wenn sie ihm mit DDR-Friedensvertretern ankamen, die sie lobten und von denen sie sagten, wie toll und moderat diese seien. Er wusste Bescheid, und er hat ihnen beschrieben, wie offizielle Friedensdelegationen aus der DDR zusammengesetzt wurden. Das bedeutete, die Offiziellen einzuladen und die anderen hintan zu stellen. Und er hat sie gefragt: "Was ist mit den anderen?" Er war also durchaus möglich, der differenzierte Blick.

Ich gehe von der für mich selbstverständlichen These aus, dass diejenigen, die vor 1989 im Westen diese Wachheit hatten, nach 1989 - ungeachtet ihrer konfessionellen oder politischen Identität - mit uns in einer Grundfrage einig waren und sind: dass der Prozess, der in die deutsche Vereinigung münden würde, Priorität hat. Es geht darum, das Erbe dieser Diktatur - nicht zu bewältigen, das ist für mich ein völlig untaugliches Wort, sondern - zunächst in seiner Komplexität mit allen Schwierigkeiten wahrzunehmen und die Frage des Umgangs damit konsequent und differenziert zu stellen.

Das war uns klar, ohne dass wir das großartig formuliert hätten. Einige schriftliche Äußerungen aus der Zeit liegen ja vor, vieles hat auch in Aktionen Ausdruck gefunden, beispielsweise in der Forderung nach Öffnung der Akten. Was dahinter steckte, war das Wissen darum, dass jede Verkürzung der Aufarbeitung auf nur eine Ebene, wie die juristische oder die öffentlich-aufklärerische, dieser Frage nicht gerecht werden kann. Wir hielten eine annähernd realistische und für viele dann auch zugegebenermaßen unbequeme, weil an die eigene Identität gehende Analyse dessen, was da eigentlich in dieser Gesellschaft vorlag, für notwendig. Und diese Analyse sollte sich nicht in der klaren und unverrückbaren Feststellung, es mit einer Diktatur und einem Unrechtssystem zu tun zu haben, erschöpfen - das wäre schließlich nur die halbe Wahrheit.

Diesen scheinbaren Gegensatz zwischen Diktatur und Alltag versuche ich in Gesprächen mit Gruppen gerade auch jüngerer Leute, die sich mit dem Thema DDR wenig beschäftigt haben, anzugreifen und aufzulösen. Für mich gehört beides gerade für die Phase der DDR, die ich intensiv erlebt habe, also die 70er und 80er Jahre, untrennbar zusammen. Für den Umgang mit SED-Unrecht ist eine Einsicht konstitutiv, die im Westen durch Abwiegen und Nicht-Wahrhaben-Wollen verdrängt wurde. Die entscheidende Verantwortung für den Um-

gang mit dieser Hypothek lag im Westen - nicht im administrativ-politischen Sinne, sondern in der Wahrnehmung der Verantwortung von Demokratie durch die Gesellschaft. Um das Phänomen DDR nach dem Bau der Mauer verstehen zu können, hätte darauf geschaut werden müssen, wie relativ erfolgreich es dem System - gemeint ist die offizielle Ebene, repräsentiert durch die SED und ihren Machtanspruch, durch die Funktionsträger, durch das bereits nachgebildete Heer der neuen Eliten - gelang, in die Gesellschaft einzudringen; denn allein mit dem Macht- und Unterdrückungsanspruch "von oben" ist DDR nicht zu erklären. In der Phase meiner eigenen positiven Identifikation mit der DDR war mir eines bewusst, das war das Einmaleins: "Wir wollen den ganzen Menschen, wir geben uns nicht damit zufrieden, nur den Befehlsempfänger, den Untertan zu haben. Wenn es kritisch wird, dann brauchen wir den, aber für die Normalzeit brauchen wir den Überzeugten." Man kann im Nachhinein lange über die Niederlage dieses Anspruchs reden. Ich spreche lieber darüber - und das ist für die Beantwortung der Frage nach Aufarbeitung wichtiger - inwiefern die Formung der Menschen gelang, wo sich der große Aufwand in der Volksbildung, in den gesellschaftlichen Organisationen, in den Massenmedien über die Jahrzehnte hinweg also ausgezahlt hat.

Die Erfahrungen von Alltag in der Diktatur hätten in der Bundesrepublik stärker wahrgenommen werden können, wenn der Wille dazu vorhanden gewesen wäre. Die Menschen, die die DDR in den späten 60er, in den 70er und 80er Jahren verlassen haben, brachten ihre Biographien in den Westen mit. Jemand, der sich mit einer entsprechenden Sensibilität, mit Aufmerksamkeit und Verantwortungsbewusstsein damit beschäftigt hätte, dem hätte klar werden müssen, dass sich am Grundcharakter der DDR, dem diktatorischen Anspruch, den Praktiken, dem systematischen staatlichen und politischen Unrecht in der gesamten Zeit nichts geändert hat. Aber immer stärker änderte sich eines: War bis 1961 diese offizielle Seite, diese Staatlichkeit, diese SED förmlich noch von außen aufgedrückt, übergestülpt, erduldet, so haben sich nach 1961 staatliches und gesellschaftliches Leben in der DDR zunehmend verklammert. Eine solche Einschätzung hätte vor 1989 einen Begriff davon geben können und müssen, wie ungeheuer schwierig und zugleich notwendig die Auseinandersetzung mit den Tiefenwirkungen dieser Verklammerung ist. Es ist dann eben nicht allein damit getan, sich mit den Tätern zu beschäftigen und die alten Eliten zurückzudrängen, auch wenn das alles unerlässliche Punkte sind. Diese Einsicht hätte in der alten Bundesrepublik dazu führen müssen, noch vor Beginn des Vereinigungsprozesses, für den man keinen Fahrplan angeben konnte, eines zu wissen: Jede Öffnung der DDR, jedes Aufeinanderzugehen und jeder Versuch, die DDR auf einen demokratischen Weg zu bringen, wird den anderen Teil Deutschlands nicht nur mit der extremen ökonomischen Rückständigkeit konfrontieren, sondern mit der Situation der in dieser Diktatur Lebenden selbst, woraus dem als Demokratie gewachsenen Gegenüber eine Verantwortung zufällt, welche nicht nur Last, sondern auch

Chance ist. Diese in meinen Augen selbstverständliche Verantwortung - nicht, weil man von außen hilft, sondern weil das Teil der eigenen Geschichte ist - ist 1989 meiner Ansicht nach in der alten Bundesrepublik viel zu wenig wahrgenommen worden. Die notwendige Sensibilität gab es vor 1989 nicht. Diejenigen, die aus der DDR kamen, haben sich nach ihrer Ankunft meist gewundert: Es gab zwar individuelle Hilfe, auch das Bemühen, zu verstehen, aber die künftige Aufgabe wurde seitens der Gesellschaft oder wenigstens der Eliten und verantwortlichen Politiker nicht gesehen. Der weitgehende Mangel an dieser Einsicht hat das Abtragen der für die andere Seite direkt vorhandenen Hypothek behindert.

Infolgedessen wurde nicht nur dem ganz selbstverständlichen Interesse der Täter, die eigene Schuld zu leugnen und ungeschoren davonzukommen, Raum gegeben und das Bemühen der Funktionsebenen und anderer, wieder sicher an Land zu kommen, erleichtert, sondern für diejenigen nichts getan, auf die es eigentlich ankommt. Ich meine nicht die Handvoll Oppositioneller, sondern diejenigen, die in der DDR normal gelebt haben und von ihr - nicht im Sinne einer absoluten SED-Hörigkeit - geprägt waren; die im Grunde genommen für die Chance der Demokratie offen waren, aber überhaupt nicht in der Lage sein konnten, sie aus dem Stand heraus selbständig und kritisch wahrzunehmen. Die Versäumnisse auf diesem Gebiet wiegen für mich neben den Inkonsequenzen in der juristischen Aufarbeitung, neben dem immer nur halbherzigen Willen, die direkte politische Auseinandersetzung zu führen, am schwersten. Denn diese Inkonsequenzen haben dazu geführt, dass sich als Folge dieser Hypothek in breiten Bevölkerungsteilen der ehemaligen DDR - nicht nur bei PDS-Anhängern, ehemaligen Tätern oder DDR-Nostalgikern, sondern in breiten Kreisen, die durchaus DDR-kritisch waren - zunehmend die Haltung festsetzt, der Westen habe sich seine Aufgabe im Vereinigungsprozess viel zu leicht gemacht. Tatsächlich hat er zwar materielle Hilfe geleistet und mit der Methode der Systemübertragung das für ihn Naheliegende getan, aber er hat vor der größeren Aufgabe kapituliert. Die größte Chance der deutschen Einheit, das Wichtigste der alten Bundesrepublik, die Demokratie, wurde gewissermaßen nebenbei, als Selbstläufereffekt, mitinstalliert. Aber angekommen ist die Botschaft, das wichtigste Kapital der alten Bundesrepublik sei die starke D-Mark. Und wer diese Botschaft und ihre Wirkung so einseitig zulässt und dazu mit den Achseln zuckt und sagt, "Das ist nun einmal so, macht Euch doch nichts vor, Realien zählen und nichts anderes", wer nicht begreift, dass eine demokratische Kultur Priorität haben muss, der wird diese gesamte Hypothek befördern und verstärken.

Vielleicht klingt vieles an meiner Einschätzung und Kritik nach verpassten Gelegenheiten, die wir uns selber zuzuschreiben haben oder nach einer Art von Rezeptur, die illusorisch ist. Ich habe für diesen gesamten Prozess - das galt früher und das gilt heute - natürlich auch keine Rezepte, aber es zeichneten sich bereits von Beginn an Möglichkeiten für den Um-

gang mit dieser Hypothek ab, die wir bereits damals formulierten, und die bei einer besseren Vorbereitung auch in die Politik hätten Eingang finden können. Die Verantwortung dafür, wie im Vereinigungsprozess auf die verschiedenen Menschen zuzugehen sei, hätte auf differenziertere Weise wahrgenommen werden müssen. Es gab einen einigermaßen deutlich zu umschreibenden Kreis von in hohem Grade schuldig gewordenen Tätern, es gab einen größeren Kreis von aktiven Unterstützern und Mitläufern, und es gab und gibt einen sehr kleinen Kreis von Leuten, die die Auseinandersetzung mit der Diktaturgeschichte befördern. Diejenigen, die dazwischen stehen und die Mehrheit ausmachen, das sind eigentlich die, die Anstrengung erfordern, für die gefragt werden muss, inwiefern sie gefördert und wo sie abgeholt werden können. Es geht mir weder um die alten Eliten, auf die man weiterhin angewiesen ist, noch um die kleine Gruppe von Oppositionellen und Bürgerrechtlern, deren Willen und Bedürfnis man vielleicht Rechnung tragen möchte. Diese letzte Gruppe könnte ich getrost beiseite lassen, weil das diejenigen sind, die sich in der Frage der persönlichen Weiterentwicklung und des kritischen Umgangs auch mit der eigenen Geschichte in einem bestimmten erwachsenen Sinne noch am ehesten selbst helfen konnten. Es geht um die große Zahl derer, die - ohne auf der Täterseite zu sein - durch langes Leben in Unmündigkeit sehr viel nachholen mussten und die jetzt eine zwiespältige Reaktion auf ihre Situation aus dem Westen erfahren. Es gibt im Westen Menschen, die aufmerksam sind, die das begreifen, die in den Osten kommen, um wirklich im positiven Sinne Aufbauarbeit zu leisten. Aber es gibt eine viel größere Zahl derjenigen, die das Ganze entweder gar nicht verstehen wollen, auch Leben in der Diktatur nicht, oder sagen - und das kommt im Osten viel unangenehmer an: "Nun habt Euch doch nicht so, die deutsche Teilung war nun mal ein Fakt." Und die nicht begreifen, dass dieser Fakt für die einen in vielen Fällen eine gelingende Biographie bedeutete und für die anderen in weiten Teilen ihres Lebens zwingendes Misslingen. Und dass dieses Auseinanderklaffen nichts mit individueller Qualität zu tun hat, also auch nicht einfach auf die Weise genommen werden kann: "Ich hatte es nun mal besser, na und?", sondern dass sich hier auf der "überlegenen" Seite im Laufe dieser langen Zeit eine Verantwortung für die anderen angesammelt hat. Es ist falsch, dieser Verantwortung nicht Rechnung zu tragen, zu sagen: "Gut, da es eben so ist, können wir doch wohl nicht auf das verzichten, was uns nun einmal eine überlegene Position verschafft hat." Natürlich nicht, aber in vielen einzelnen Punkten schon.

Nehmen wir diesen etwas grotesken Fall - ich habe in den letzten Wochen immer wieder davon gehört - des Skatgerichtes in Altenburg. Es gab dort in dieser gleichgeschalteten DDR für Skatfreunde so eine Art Refugium, eine Insel, die von den Beteiligten in ihrer Identität als positiv empfunden wurde. Sie waren stolz darauf und erfahren heute, einige Jahre nach der Einheit, dass es im tiefsten Nordrhein-Westfalen Leute gibt, die achselzuckend sagen: "Was wollt Ihr, bei uns gab es das auch und besser, und wir sehen überhaupt nicht ein, dass wir

das gesamtdeutsche Präsidium zurückgeben sollen, dass Ihr es wiederbekommt." Ich habe Stimmen von Beteiligten dazu gehört, die deutlich machten, dass die Probleme des gesamten Vereinigungsprozesses für viele genau dort liegen. Sie sagen: "Jetzt erleben wir es doch - wenn es an's Eingemachte geht, sitzt der Wessi auf seinem hohen Ross." Ich denke, mit dieser Haltung haben wir uns vieles - ich will nicht verallgemeinern und auch nicht die vielen Gegenbeispiele beiseite wischen - in der Auseinandersetzung mit den schwierigeren Teilen dieses Diktaturerbes erschwert. Denn wenn jetzt berechtigterweise beklagt wird, wie gering die Zahl derer geworden ist, die sich noch für die Aufarbeitung einsetzen, und wie scheinbar immer stärker der Chor der Stimmen wird, die mit ganz verschiedener Argumentation und Tonlage ein Ende der Debatte fordern - entweder Schlussgesetz, Schluss-Strich, Akten zu oder Amnestie, man kann das ja vielfach variieren -, dann hängt das damit zusammen, dass viele, die für diesen Prozess dringend gebraucht wurden und potentiell auch dafür zur Verfügung standen, durch Negativerfahrungen in den letzten Jahren verprellt, desillusioniert und wieder in ihre alte Apathie zurückgeworfen wurden, so dass sie heute das Ganze nur noch mit Abwinken begleiten. Die Fixierung auf den kleinen Kreis derjenigen, die wirklich Widerstand geleistet haben, die Wahrnehmung ihrer Individualität und Selbständigkeit versperrt den Blick dafür, wie fragil das Ganze sein musste, wenn Menschen, die vorher ganz normal gelebt hatten, ihr Herz in die Hand nahmen, zu den Demonstrationen gingen und dann bereit waren, die deutsche Einheit positiv zu unterstützen. Ich kann nicht von jedem erwarten, daß er nach wiederholten Enttäuschungen und Rückschlägen sagt: "Zwar geht es mir persönlich schlechter, ich sehe die Leute auf den Ämtern sitzen und stehe selbst am Rand, aber trotzdem bin ich noch dafür." Irgendwann kommt der Punkt, an dem man sich fragt, was das Ganze überhaupt noch soll, bzw. sogar darüber hinaus sagt: "Die PDS, die habe ich zwar von Anfang an nicht gemocht, habe sie für ein Schwindelunternehmen gehalten, aber einige Jahre danach merkte ich, dass wenigstens diese PDS - nicht in Gestalt der alten Funktionäre, sondern anderer, sympathischerer Vertreter - sich um die brennenden Fragen kümmert. Die einen reden von Aufarbeitung, die können mir in meinen Alltagsproblemen aber auch nicht helfen, und die anderen tun etwas dafür."

Auf diese Art und Weise gibt es Verschiebungen - wie ich ja eingangs sagte, sind die Konstellationen nicht statisch - in den Haltungen und Einstellungen, die den Umgang mit dieser Hypothek heute schwieriger machen, als er vor einigen Jahren war. Aber ich gehöre zu den Optimisten und werde mich nicht dazu verleiten lassen, zu sagen, das Vorhaben sei gescheitert. Ich sehe weiterhin Möglichkeiten, aber unter schwierigeren Bedingungen. Diese Erschwernis rührt auch von der naiven Annahme her, in dem Unternehmen Einigungsprozess würde die Uhr naturgemäß für uns laufen. Das hängt mit der Stabilität dieses mentalen - nicht politischen; als politischer Machtzusammenhang konnte das System relativ schnell aufgebrochen werden - Erbes und dessen Fortwirken zusammen.

Ich habe einen guten Bekannten, der als Journalist aus dem Westen nach Thüringen gegangen ist und dort für den MDR arbeitet. In einem Brief schrieb er mir, er sehe es kommen, dass diese Hypothek in die nächste Generation übertragen wird. Der Prozess, den ich vorhin positiv erwähnte - die Kinder fragen irgendwann ihre Eltern und setzen sich mit deren Geschichte auseinander - scheint noch anders zu verlaufen: momentan übertragen viele Eltern ihre Frustration, ihr Gefühl des Zurückgesetztseins und ihr inneres Verbarrikadieren vor dem, worum es uns geht, auf ihre Kinder. Und wenn noch die Jüngeren das Gefühl bekommen, gewissermaßen in DDR-Sippenhaft genommen und benachteiligt zu sein, so dass sie in die gleiche Richtung wie ihre Eltern gehen, dann werden die Schwierigkeiten noch größer werden.

*Bernd Schäfer*

„Zur Motivation der Täter.

## **Über die Rollen von offiziellen und inoffiziellen Mitarbeitern"**

### 1. „Die Täter"

Der Begriff „Täter" ist ein scharf klingendes Wort. Er weckt möglicherweise die Assoziation von gesuchten oder abgeurteilten Verbrechern. Wer sich jedoch in den letzten Jahren mit der Diskussion um die Aufarbeitung von staatlich sanktioniertem Unrecht in der DDR befasst hat, oder wer gar das Stasi-Unterlagengesetz studiert und Unterlagen des MfS eingesehen hat, wird diesen Begriff nicht nur als geläufig, sondern auch als definitorisch durchaus praktisch schätzen.

Offizielle, also hauptamtliche und als solche zumeist öffentlich erkennbare, Mitarbeiter des Staats- und Parteiapparates der DDR können als Täter gelten, wenn sie unmittelbar oder mittelbar an Verstößen gegen die Menschenrechte beteiligt waren oder diese durch Entscheidungen veranlasst oder verantwortet haben. Diese Täterdefinition erscheint auch dann legitim, wenn es nach 1989 zu keinen juristischen Anklagen oder gerichtlichen Verurteilungen solcher Personen gekommen ist. Die Gründe für nicht erfolgte oder oft nicht mögliche juristische Sanktionen sollen hier nicht weiter erörtert werden. Nicht jeder offizielle Mitarbeiter war automatisch ein Täter, aber viele unter ihnen waren es tatsächlich oder faktisch.

„Inoffizielle Mitarbeiter" des MfS sind Personen, über die IM-Akten geführt wurden. Zur Unterscheidung von den „Opferakten" der Überwachten hat sich für die IM-Akten inzwischen der Begriff der „Täterakte" eingebürgert. Gleichwohl ist nicht jede als IM geführte Person automatisch ein „Mitarbeiter" des MfS und damit ein Täter. Sie konnte dazu werden, wenn sich gewisse Kriterien erfüllten, beispielsweise durch eine langjährige konspirative Tätigkeit, Berichte aus dem Leben Dritter mit negativer Tendenz, Beiträge zu Strafverfahren durch gezielte Informationen etc.

Es muss festgehalten werden, dass niemand in der DDR zum Täter werden musste. Niemand musste SED-Mitglied werden. Niemand musste in den Staats- oder Parteiapparat gezwungenermaßen eintreten und in verantwortlichen Positionen wirken. Niemand musste einen höheren Rang in Militär oder Polizei wahrnehmen, niemand musste in den Dienst der Grenztruppen eintreten. Niemand musste, über vielleicht einige sehr wenige unvermeidbare und aufgedrängte Gespräche hinaus, gegen seinen Willen längeren konspirativen Kontakt

mit dem MfS halten: Dekonspiration, also die Information Dritter über die MfS-Annäherung und gleichzeitig die Information darüber an den MfS-Offizier, war stets möglich. Ganz im Gegenteil: Die Zahl derer, die auf Karrieren verzichteten und nicht in die SED eintraten, ihre Blockpartei-Mitgliedschaft nicht ehrgeizig zu nutzen versuchten, nicht im Staatsapparat mitwirkten, Annäherungsversuche des MfS ablehnten oder sich ihnen bald entzogen, sich nicht an die Grenze kommandieren ließen - sie ist insgesamt wesentlich höher als die Zahl derer, die sich für das Gegenteil entschieden.

Die Träger der Macht in der DDR benötigten schließlich keine unsicheren Kantonisten, die an wichtigen Stellen den Sozialismus „unterminierten“ (wie bereits lange vor 1989 in Polen oder Ungarn). Zuverlässige Mitarbeiter, wenn immer möglich „Genossen“ der SED, waren gefragt, die guten Gewissens und aus Überzeugung ihre Aufgaben für die DDR, für „unseren Staat“, verrichteten, wo auch immer sie hingestellt wurden. Um es zu quantifizieren: Etwa 10% der DDR-Bevölkerung könnte man wohl dieser Kategorie zuordnen. Diese Größenordnung war mehr als ausreichend, um in der abgeschotteten DDR bis 1989 eine hohe „innere Stabilität“ zu erzeugen, bis schließlich externe Faktoren so relevant wurden, dass sie interne Blockaden beseitigen konnten.

Weil es, relativ gesehen, so viele Täter waren, damals wie heute mit fast durchgängig gutem Gewissen, erhebt sich die Frage nach ihren Motivationen, die damals wie heute auch als Rechtfertigungen bezeichnet werden können.<sup>4</sup> Weil Rechtfertigungen dazu benötigt werden, ein gutes Gewissen zu bewahren bzw. zu erzeugen, ist ihre penetrante Häufigkeit zur Erläuterung von Motivationen jedoch ein Zeichen dafür, dass sich die Gewissensfrage zumindest zeitweise gestellt haben muss. Je forscher und glatter die Rechtfertigung klingt, desto größer wohl die Gewissensverleugnung - desto größer auch letztendlich das menschliche Versagen, völlig unabhängig von seiner vorhandenen oder nicht existierenden strafrechtlichen Relevanz.

## **2. Schutz und Schutzlosigkeit**

Bevor ich im einzelnen auf Motivationen bzw. Rechtfertigungen von offiziellen und inoffiziellen Mitarbeitern eingehen will, seien zwei Grundzüge vorangestellt, die manches Handeln mit gutem Gewissen verständlich machen und heutige Rechtfertigungsstrategien von Tätern teilweise erklären können:

### *a) Schutz*

---

<sup>4</sup> Vgl. Lothar Fritze. Täter mit gutem Gewissen. Über menschliches Versagen im diktatorischen Sozialismus. Köln/Weimar 1998 (Schritten des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Band 6).

Die DDR war bis 1989 als von Dauer zu betrachten, primär aufgrund der internationalen Situation, sekundär durch die relativ hohe innere Stabilität. Diese Annahme musste das Bewusstsein aller bestimmen, die in ihr lebten. In besonderer Weise war diese Annahme die Überzeugung derer, die durch ihr Handeln aktiv zur inneren Stabilität der DDR wirkten. Dieses Wirken, ob im Staats- und Parteiapparat oder in Zusammenarbeit mit dem MfS, war in wesentlichen Zügen geheim bis konspirativ. Wer in Strukturen arbeitete, in denen die Rechte und Freiheiten anderer absichtsvoll kontrolliert und limitiert wurden, oder wer mit dem MfS konspirierte, konnte sicher sein, dass die Geheimhaltung von Verantwortlichkeiten, Aktionen und Äußerungen gewährleistet waren. Zugleich wussten die Täter, dass sie sich nach allem Ermessen niemals für ihre Taten verantworten mussten, weil sie von der Macht, die sie stabilisierten, im Gegenzug geschützt und geschätzt wurden. Mit anderen Worten: Wer sicher sein konnte, dass nie etwas herauskommen würde bzw. man sich niemals dafür verantworten müsste, senkte seine Hemmschwelle und war zur Stabilisierung der Macht auch zu weitergehenden Aktionen bereit, im äußersten Fall bis hin zur psychischen Zersetzung oder gar physischen Liquidierung von Menschen. Wer es gewohnt war, durch Geheimhaltung von der Staatsmacht geschützt zu sein, entwickelte oft noch zusätzlich im persönlichen Umgang eine Strategie der Geheimhaltung vor dem Partner, den Kindern und seinen Freunden.

#### *b) Schutzlosigkeit*

Der plötzliche Wegfall der Staatsmacht erzeugte für die offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter einen Zustand der Schutzlosigkeit. Er erlangte eine gefährliche Konkretion als, trotz stellenweise systematischer Aktenvernichtung, seit 1991 sukzessive Akten von Staats- und Parteiorganen der DDR nach gesetzlichen Regelungen öffentlich zugänglich wurden. Als Schutzstrategie blieb den Tätern nur noch die Geheimhaltung im persönlichen Umfeld so lange wie irgendetwas möglich und ein feinfühliges Sensorium, wann, wer, was wohl über einen gesichert wisse. Die allerwenigsten waren willens oder dazu in der Lage, von sich aus eigene Taten zu offenbaren. Die Ursache dafür war kaum das gesellschaftliche Klima, sondern fast immer klares und rationales Kalkül. Viele wagten erst die Flucht nach vorne, wenn sie realisierten, dass Enthüllungen unmittelbar und unentrinnbar bevorstanden. Andere stuften ihre Aussagen danach ab, über welches tatsächliche Wissen kritisch Anfragende denn verfügten. Je mehr die anderen über einen selbst wussten oder zu wissen schienen, desto mehr wurde eingeräumt. Generell gilt, und Ausnahmen bestätigen hier die Regel: Wer sich nicht dazu genötigt fühlte, behielt sein geheimes Wissen für sich - denn es bestand und besteht stets die Chance, dass die Spuren konkreter Taten bereits verwischt sind.

### 3. Zu den Motivationen offizieller Mitarbeiter

Als offizielle Mitarbeiter möchte ich die Funktionseliten in der DDR verstehen: Mitglieder des SED-Politbüros, des ZK und der Bezirks-, Kreis- und Stadtleitungen, ferner Minister und Mitarbeiter der Ministerien, Räte der Bezirke, Kreise und Städte, das MfS, die Volkspolizei und die bewaffneten Organe sowie die restlichen SED-Nomenklaturkader in Betrieben und gesellschaftlichen Organisationen. Eine eigentlich erforderliche Feingliederung des Definitionsmerkmals „offizieller Mitarbeiter“, wie sie z.B. im Hinblick auf die Blockparteien und diversen Massenorganisationen erforderlich wäre, soll an dieser Stelle unterbleiben. Es mag der Hinweis darauf genügen, dass manche definitorischen Grenzen unscharf sind und verschwimmen können.

Was wirkte motivierend, eine Tätigkeit in den erwähnten Funktionen zu übernehmen und auszuüben? Hier wären verschiedene Faktoren zu nennen, die bei Individuen mehr oder weniger deutlich ausgeprägt sein konnten:

- a) Es war motivierend, für etwas arbeiten zu können: Die DDR als Staat galt als „unser Staat“, von uns aufgebaut, für uns sorgend - ein historisches Experiment mit wissenschaftlicher und siegreicher Weltanschauung trotz feindlicher westlicher Nachbarschaft. Man konnte an die DDR und die Reinheit bzw. Geschlossenheit ihrer Ideologie „glauben“. Dieser Glaube rechtfertigte es, ohne demokratische Legitimation alle Einwohner der DDR historischen Experimenten zu unterwerfen. Im Falle eventueller Ablehnung sollte Erziehung eingesetzt werden, für alle Fälle aber war permanente Kontrolle und Überwachung geboten. Der 17. Juni 1953 war ein Lehrstück, das sich nie wiederholen durfte.
  
- b) Es war motivierend, gegen etwas arbeiten zu können: Das alles überwölbende und un-  
gemein disziplinierende Bindeglied zum Aufbau und Erhalt der DDR war „der Gegner“, d.h. der Westen, das KA (kapitalistische Ausland), um ein gelungenes SED-Kürzel zu verwenden. Der Gegner störte und sabotierte, wo er konnte. „Der Gegner schläft nie“, hieß es.  
Er war das perfekte Einschüchterungsinstrument, um Zweifel und Kritik auch der offiziellen Mitarbeiter zu unterdrücken: „Willst du etwa dem Gegner in die Hände spielen?“  
Er war das perfekte Erklärungsinstrument für eigene Probleme: Er zwang den kalten Krieg auf, er wollte den Sozialismus wirtschaftlich vernichten, er gefährdete den Frieden, er steuerte die Unruhestifter im eigenen Land, er setzte Dekadenz und „Wohlstandsverblendung“ ein.

- c) Es war motivierend, für sich arbeiten zu können und persönlich voranzukommen: Nur mit offizieller Mitarbeit machte man öffentlich sichtbar und legitim Karriere. Man konnte bekannt werden, trat auf, hielt Ansprachen, war in der Zeitung. Man bekam Einfluss und bei Bedarf (den viele hatten) konnte es im DDR-Maßstab Privilegien geben.

#### 4. Zu den Motivationen inoffizieller Mitarbeiter

- a) Inoffizielle Mitarbeiter, die „auf der Basis der Überzeugung mit dem MfS zusammenarbeiteten“, hatten dieselben Motivationen wie die offiziellen Mitarbeiter, wofür und wogegen sie arbeiteten. Schließlich waren viele, wenn sie sich nicht in ganz hohen oder in hauptamtlichen SED-Funktionen mit Werbungsverbot für das MfS befanden, gleichzeitig auch offizielle Mitarbeiter, sogenannte „Partner des 'Politisch-Operativen-Zusammen-wirkens'“ (POZW) im MfS-Deutsch. Auch konnte sich bei entsprechendem Eifer die inoffizielle Arbeit für das MfS finanziell lohnen. Sie war karrierefördernd, Privilegien waren möglich. Nur war sie im Gegensatz zur offiziellen Mitarbeit öffentlich nicht erwähnbar, Privilegien und Karriere waren aber vorzeigbar. Zudem konnte über das MfS in Vorgänge im Berufs- und Privatleben eingegriffen werden, Konflikte mit Kollegen, Familie oder Bekannten „geklärt“ werden. Oft musste das MfS als schiedsrichterliche Instanz in Konflikten selbst an den linientreuen Arbeitsplätzen eingreifen, Ehekrisen und Kinderprobleme der IM mit lösen helfen, Reisemöglichkeiten verschaffen, Autos besorgen etc. Um einen auskunftsfreudigen und einsatzbereiten IM bei der Stange zu halten, war das MfS zu vielem bereit.
- b) Inoffizielle Mitarbeiter, die nicht der Überzeugung waren, mit dem MfS zusammenzuarbeiten, aber guten Gewissens konspirativ mit ihm sprachen, hatten das Gefühl, Wichtiges und Sinnvolles an die eigentlichen Träger der Macht im Staat weiterzugeben und mit ihnen zu diskutieren - auf dass es „oben“ beachtet werde. In Gestalt des MfS-Offiziers traf sich ein oft verständnisvoller und höflicher Repräsentant der höchsten Macht mit bisher unscheinbaren Bürgern, zeigte sich uninformiert und war scheinbar an offenen, für das Regieren, oder auch den Umgang mit den Kirchen, hilfreichen Einschätzungen ernsthaft interessiert -jedenfalls täuschte er dieses gekonnt so vor. Wie gut ihm dieses gelang, unterschied den geschickten vom plumpem, den erfolgreichen vom eher erfolglosen MfS-Mitarbeiter. Der Repräsentant der Macht verteilte Geschenke, er trank und rauchte mit seinen Gesprächspartnern, er lud sie in konspirative Wohnungen mit Bewirtschaftung oder in eine Gaststätte ein und übernahm alle Rechnungen. Der Bürger oder die Bürgerin oder auch der Kirchenmann glaubte, wirklich wichtig zu sein und verhielt sich entsprechend wichtig.

- c) Als „inoffizielle Mitarbeiter“ registrierte Personen, die mit schlechtem Gewissen oder nach „Kompromittierung“ erpresst bzw. unter Druck mit dem MfS sprachen, hatten dagegen Angst vor Nachteilen, wenn sie sich verweigerten. Sie versuchten, nur allgemein bekannte und belanglose Inhalte an das MfS weiterzugeben bzw. redeten sich dieses ein. Nicht wenige von ihnen konnten sich früher oder später den Kontakten durch Destruktivität oder Dekonspiration entziehen. Dieses ist anerkennenswert.
- Einige ließen sich jedoch allmählich durch das MfS von ihrer Wichtigkeit überzeugen. Damit waren auch sie schließlich dort angekommen, wo sich alle anderen Täter aus Überzeugung schon längst freiwillig befanden.

*Prälat Dieter Grande*

## Erfahrungen und Ansätze für einen Umgang mit „Tätern“

Wenn ich zunächst über meine Erfahrungen im Umgang mit sogenannten „Tätern“ spreche, so kann ich nur meine ganz persönlichen und begrenzten Wahrnehmungen zu beschreiben versuchen, die ich in vielen Gesprächen mit als IM registrierten Personen gesammelt habe. Der Begriff „Täter“ kommt mir nur zögerlich über die Lippen, da die Skala der Personen vom klassischen IM mit Verpflichtung, eigener Berichtabfassung und jahrelanger Tätigkeit für das MfS bis zu jenen IM reicht, bei denen sich die Frage ergibt, warum sie überhaupt als IM registriert worden sind.

Es ergibt keinen Sinn, über Ansätze für einen weiter entwickelten Umgang mit „Tätern“ zu sprechen, wenn Sie meinen persönlichen Erfahrungshintergrund nicht kennen, der mich dazu veranlasst, Ihnen diese Thesen für einen Umgang mit „Tätern“ vorzuschlagen.

Als ich im Januar 1992 mit der Bearbeitung der „Stasifälle“ im Bistum Dresden-Meißen beauftragt wurde, hatte ich keinerlei Vorstellungen, was da auf mich zu kam. Ich hatte zwar diesen Auftrag, aber nicht die zur Ausführung erforderlichen Vorkenntnisse. Bislang hatte ich weder eine Stasiakte gesehen, noch ausreichende Kenntnisse über Strukturen und Arbeitsweisen des MfS. Meine Arbeit begann im wahrsten Sinne des Wortes am Punkte Null. Ich wäre damals sehr froh gewesen, hätte ich einen Einführungskurs besuchen oder eine entsprechende Publikation lesen können. Die mir bekannten Publikationen waren für einen Anfänger zu speziell und umfangreich.

Andererseits drängte die Zeit, denn in den verschiedensten Medien tauchten immer neue „Enthüllungen“ über Stasiverstrickungen von Priestern auf. Und dies entgegen aller publizistischen Regeln mit Passbild, vollem Namen und Adresse.

Als ich dann im Frühjahr 1993 zusätzlich mit der Leitung der Arbeitsgruppe „Aufarbeitung“ der Berliner Bischofskonferenz beauftragt wurde, waren bereits von mir die ersten Schritte gegangen worden, hatte ich aus den ersten Fehlern gelernt und einige wichtige Einsichten gesammelt.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass meine Erfahrungen nur den Bereich Katholische Kirche betreffen, vornehmlich im Bistum Dresden-Meißen und ich keine

Verallgemeinerungen oder Übertragungen auf andere Arbeitsbereiche des MfS vornehmen will.

Im Verlauf der Arbeit wurde mir deutlich, dass das MfS sich gegenüber der katholischen Kirche äußerst flexibel verhielt und bewusst auf bestimmte Prozeduren der Arbeit mit IM verzichtete, so z.B. eine offizielle Werbung, Verpflichtung - nicht einmal per Handschlag - Wahl des Decknamens, persönliche, schriftliche Berichterstattung und sogar in einigen Fällen die Einhaltung der Konspiration, um möglichst keinen Gesprächskontakt und keine Informationsquelle zu gefährden oder gar ganz zu verlieren.

Auch auf kirchlicher Seite gab es eine Besonderheit, die für die Beurteilung einer IM-Tätigkeit von Priestern und hauptamtlichen Laien von Bedeutung ist, die sogenannten „Gesprächsregelungen“.

Bereits im Dezember 1947, also noch vor Gründung der DDR, hat der Bischof von Berlin, Kardinal Graf von Preysing, eine erste solche Regelung zum Umgang mit staatlichen Stellen erlassen, die von Jahr zu Jahr durch weitere Verlautbarungen präzisiert und ergänzt wurde. 1957 hat dann Bischof Julius Döpfner, Berlin, diese Regelungen in einem Erlass zusammengefasst. Die staatlichen Stellen und das MfS bezeichneten diese Verordnung als „Döpfnererlass“ und wurden bis zur Wende nicht müde, seine Aufhebung von der Kirche zu fordern. Kernpunkte dieser Verordnungen waren:

Für Verhandlungen mit staatlichen Stellen wurden Verhandlungsebenen unterschieden und „Verhandlungsberechtigte“ festgelegt, so z.B. für die Ebene der Räte der Bezirke, Beauftragte des bischöflichen Ordinariates und für die zentrale Regierungsebene, Beauftragte des Vorsitzenden der Berliner Ordinarienkonferenz bzw. der Berliner Bischofskonferenz. Verhandlungen sollten nur mit Regierungsstellen und nicht mit Parteien und Massenorganisationen geführt werden. Dabei blieb es zunächst offen, ob das Ministerium für Staatssicherheit ebenfalls als Regierungsstelle angesehen wurde oder nicht. In der Praxis hat man später das MfS wie eine Regierungsstelle behandelt.

Weitere Bestimmungen tangierten unsere Thematik: Über alle Verhandlungen mit staatlichen Stellen war der zuständige Bischof umgehend und in schriftlicher Form zu informieren. Es gab also eine „Informationspflicht“! Wurden also z.B. Gespräche mit Mitarbeitern des MfS geführt und erfolgte keine Information und schriftliche Berichterstattung an den Bischof, dann lag ein eindeutiger Verstoß gegen eine kirchliche Anordnung vor, die entsprechend zu überprüfen und gegebenenfalls mit Sanktionen zu belegen ist. Unabhängig davon, welche Informationen durch diesen Kontakt das MfS erhalten hat, kann also bei Priestern und

hauptamtlichen kirchlichen Mitarbeitern eine „Dienst-Pflichtverletzung“ vorliegen. Von daher war eine differenzierte Überprüfung eines jeden IM-Falles erforderlich z.B.: hatte er einen Gesprächsauftrag, hat er pflichtgemäß berichtet oder liegt eine Dienstpflichtverletzung vor.

Hilfreich war für mich eine Äußerung des Bundesbeauftragten, Herrn Joachim Gauck, in einem Artikel der Dresdener Neuesten Nachrichten von Thomas Mayer vom 28.Mai 1993:

„Es existiert eben nicht das Schwarz-Weiß Raster der Yellow-Press. IM ist nicht gleich IM und Schnur und Böhme und viele andere dürfen Verräter genannt werden. Andere IM versuchten, ein Mindestmaß abzuliefern, um nicht in Un-Gnade zu fallen. Manche plauderten schlicht aus Angst, die sie sich heute oft noch nicht erklären können.“ Die Medien berichteten zu diesem Zeitpunkt noch nach der gängigen Formel: „IM ist gleich IM“.

Auch darauf muss ich in diesem Zusammenhang hinweisen. Das undifferenzierte An-den-Pranger-Stellen kirchlicher Mitarbeiter durch einzelne Medien zwang mich auf Grund der vorgenommenen Akteneinsichten, in bestimmten Fällen, um der Wahrheit willen, ungerecht Beschuldigte zu verteidigen. Wenn Sie so wollen, musste ich je nach Situation einen Rollenwechsel vollziehen, vom Aufklärer von IM-Fällen zum Verteidiger zu Unrecht beschuldigter IM.

Eine für mich wichtige Erfahrung war meine Berufung als „Vertreter des öffentlichen Lebens“ in eine Personalkommission der TU Dresden. Ich musste mehrfach an sogenannten „Anhörungen“ belasteter Professoren und wissenschaftlicher Mitarbeiter teilnehmen. Mir ist nicht bekannt, welche Vorgaben solchen Kommissionen vom zuständigen Wissenschaftsministerium gegeben waren und welche Ermessensspielräume die Kommissionen für ihre Arbeit hatten. Vermutlich gab es in dieser Anfangssituation keine andere Möglichkeit, im Schnellverfahren die „Systemnähe“ der Mitarbeiter im Fach- und Hochschulbereich abzuklären. Trotzdem machte es mich betroffen, dass in vielen Fällen aus Übereifer, mangelnder juristischer Vorbildung und aufgrund des großen Zeitdruckes bewährte Rechtsgrundsätze teilweise außer Acht gelassen wurden. So z.B. Grundsätze wie:

- Jeder Beschuldigte hat Anspruch auf einen Rechtsbeistand.
- Er ist vor der Verhandlung über seine Rechte zu belehren.
- Er hat das Recht zu schweigen und kann nicht gezwungen werden, sich selber zu belasten.
- Schuldvorwürfe sind zu beweisen und es darf nicht vom Beschuldigten der Beweis der Unschuld gefordert werden (Umkehrung der Beweislast)
- Im Zweifelsfall ist für den Beschuldigten zu entscheiden
- Der Beschuldigte gilt als unschuldig, bis seine Schuld bewiesen ist.

Es war für mich bedrückend, erleben zu müssen, dass den Beschuldigten einfach unterstellt wurde: „Sie lügen sowieso alle!“

Den Akten der SED Bezirksleitung und des MfS wurde eine uneingeschränkte Glaubwürdigkeit zugebilligt, die andererseits den Beschuldigten aber abgesprochen wurde.

Als „Vertreter des öffentlichen Lebens“ blieb mir nur die Möglichkeit, bei der anschließenden Beratung zur Urteilsfindung meine Bedenken zur Sprache zu bringen. Ich befürchte, dass auch bei kirchlichen Verfahren zur Aufklärung von Belastungen in ähnlicher Weise vorgegangen wurde.

Für die Wahrheitsfindung halte ich die Beachtung genannter Rechtsgrundsätze für eine unverzichtbare Voraussetzung und ich befürchte, dass trotz allen guten Willens der Beteiligten, dem Rechtsstaat ein schlechter Dienst erwiesen wurde.

Jene, die über die notwendigen finanziellen Mittel verfügten, um gegen die Entscheidungen des Wissenschaftsministeriums, die auf der Grundlage der Untersuchung der Personalkommissionen gefällt wurden, gerichtlich vorzugehen, hatten leider in vielen Fällen Erfolg.

Die Einsicht in meine eigene OPK und den daraus entstandenen IM-Vorlauf „Sekretär“, der meine Person betraf, ließ mich am Wahrheitsgehalt mancher Aussagen in Stasiakten zweifeln.

Bereits bei den zur Überprüfung meiner Person durch verschiedene IM zusammengetragenen Informationen gab es gravierende Falschmeldungen, die ungeprüft Eingang in meine Akte fanden. Sie wurden ebenso unbesehen von Jahr zu Jahr bis zum Abschlußbericht weiter kolportiert. Da ich über die Besuche des Stasioffiziers für den Bischof Aktenberichte geschrieben hatte, war es mir möglich, die Treffberichte des Offiziers mit meinen Registraten zu vergleichen. Beide entsprechen sich in der Nennung der besprochenen Themen, aber der Blickwinkel der Darstellung ist sehr unterschiedlich und es gibt im Bericht des Stasioffiziers eine Vielzahl von Verzerrungen des wirklichen Gespräches.

Auf Grund der beschriebenen Erfahrungen habe ich meine eigene Vorgehensweise für das Gespräch mit als IM registrierten Personen entwickelt. Nach jeder Akteneinsicht habe ich einen ausführlichen Aktenbericht angefertigt, der sowohl der Information meines Bischofs und als Grundlage für das Gespräch mit dem Beschuldigten diente. Für mich war das Gespräch mit den Beschuldigten besonders wichtig. Die Erfahrungen damit waren sehr unterschiedlich.

In einigen Fällen hatte ich den Eindruck, dass die Betroffenen irgendwie erleichtert waren, über dieses Stück Vergangenheit reden zu können. Andere blockten anfänglich massiv ab und versuchten, sich dem Gespräch zu entziehen. In vielen Fällen gab es erhebliche Lücken in der Erinnerung, die erst nach und nach durch weitere Gespräche gefüllt werden konnten. Andererseits wurden dann auch durchaus belastende Fakten genannt, die aus der IM-Akte nicht ersichtlich waren. So beharrte ein IM darauf, gleich am Anfang seines Kontaktes mit dem Führungsoffizier eine Erklärung unterschrieben zu haben, deren Wortlaut er zwar nicht mehr genau wusste, die er aber für eine Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit dem MfS hielt, obwohl in seiner Akte keine solche Erklärung vorhanden war.

Es war hilfreich, dass ich nach jedem Gespräch den Betroffenen bat, seine Sicht der Dinge schriftlich festzuhalten und mir zu überlassen. Erst am Ende des gesamten Gesprächsverlaufes habe ich den Betroffenen mit seiner IM-Akte konfrontiert.

Auf diese Weise standen mir für die Wahrheitsfindung zwei Quellen zur Verfügung. Zum einen die Stasi-Akte, zum anderen die Stellungnahmen der Beschuldigten, die auf Grund der geführten Gespräche von ihnen verfasst worden waren. Ich hoffe, dass ich bei diesen Gesprächen nicht allzu oft belogen worden bin, denn ich habe mich dazu entschlossen, wenn unüberbrückbare Differenzen bestehen blieben, den Aussagen des Beschuldigten Glauben zu schenken.

Ich halte es für unverzichtbar, dass die Beschuldigten durch ihre Sichtweise des Geschehens zur Wahrheitsfindung beitragen können. Ich habe deshalb darauf Wert gelegt, dass abschließend von ihnen eine Stellungnahme zu ihrer IM-Akte abgefasst wurde, die der Behörde des Bundesbeauftragten zum Einheften in die jeweilige Akte übergeben wurde, damit beide Sichtweisen auch für spätere Akteneinsichten zur Verfügung stehen.

In vielen Fällen war es offensichtlich, dass die Besuche des Führungsoffiziers mit großem Unbehagen, ja mit Angst erwartet wurden. Mitbrüder berichteten von schlaflosen Nächten, dem krampfhaften Überlegen, was kann ich erzählen, ohne zu schaden. Die Bewirtung mit Kaffee und Schnaps wurde genutzt, um Zeit zu schinden.

Welche Verdrängungsmechanismen durch solch eine angstbeladene Beziehung ausgelöst werden können, muss von Psychologen beurteilt werden.

Aufschlussreich war für mich der Artikel des Schriftstellers Günter de Bruyn in der FAZ im Februar 1992, wo er über die Differenzen zwischen seiner Erinnerung und den Aufzeichnungen in seiner IM-Akte schreibt: „Ich war verzweifelt darüber, mich zum Selbstschutz so will-

fähig verhalten zu haben. Aus Angst hatte ich in beschämender Weise versagt.“ Er muss feststellen, dass zwischen den Belästigungen durch die Stasi nicht, wie er sich zunächst erinnert habe, wenige Wochen, sondern viele Monate gelegen haben. Die Verdrängung betraf bei ihm sowohl die Erinnerung an die Häufigkeit der Kontakte, die zeitlichen Abstände, wie die dabei angesprochenen Inhalte.

Bei jeder Straftat, die aufgeklärt werden soll, ist neben der Rekonstruktion des Tatvorganges, die Ermittlung möglicher Tatmotive von besonderer Bedeutung. In vielen Fällen erwachsen diese aus der jeweiligen Lebensgeschichte.

In den Medien wurde über lange Zeit der Eindruck erweckt, als hätten alle IM nur ein Tatmotiv, die Lust am Verrat. Dieses Motiv wurde auch allen registrierten Priestern unterstellt.

Am 24.04.1993 kam in den Tagesthemen der ARD ein Beitrag über einen Gesprächsbeauftragten mit dem Titel: „Sündenfall – Wie ein Sohn der Kirche seine Mitbrüder an die Stasi verriet“ und am 09.07.1993 ein Beitrag des WDR mit dem Titel: „Verräter im schwarzen Rock“.

Beim Studium von Stasiakten bin ich nur selten auf eine IM-Akte gestoßen, wo aus einer anfänglichen Erpressung im Laufe der Jahre ein fast krankhafter Zwang erwuchs, alles und jedes dem Führungsoffizier mitzuteilen und Menschen zu „verraten“. Sonst fand ich eine große Bandbreite recht unterschiedlicher Motive für die Kontakte mit der Stasi:

Bei Priestern forschte das MfS in der Regel zunächst nach „diskreditierenden Erkenntnissen“ über vermutete „intime Beziehungen“.

Lagen Zölibatsverletzungen vor, so genügten meist wenige gezielte Andeutungen, um aufbauend auf vorhandenen Schuldgefühlen, einen dauerhaften Kontakt zu sichern.

So schreibt ein Priester:

„Meine eigentliche Schuld sehe ich in meinem persönlichen Versagen, das mich durch die Stasi erpressbar machte und mir keine Chance ließ, aus der IM-Tätigkeit auszusteigen.“

Ein weitaus häufigeres Motiv war die persönliche Eitelkeit.

Mancher Priester fühlte sich in seiner Bedeutung bestätigt, wenn das MfS gerade mit ihm das Gespräch suchte. Und man überschätzte die eigene Klugheit und merkte oft erst nach der Wende, wie man missbraucht worden war.

Ein Priester schreibt dazu:

„Natürlich habe ich mich mit ihm unterhalten, wie ich sonst niemanden abgewiesen habe, der gekommen war und um ein Gespräch gebeten hat. Meine Schuld besteht darin, dass ich

mich leichtfertig auf diese Gespräche eingelassen habe und so als Informationsquelle, ohne mein Wollen, abgeschöpft werden konnte.“

Es gibt einzelne Fälle, wo politische Motive eine Rolle spielten, wo ein Priester hoffte, über das MfS eigene Ansichten „nach oben“ transportieren oder eventuell sogar anderen Menschen helfen zu können.

Ein Priester schreibt dazu:

„Ich habe seinerzeit die genannten Gespräche in der Vorstellung akzeptiert, dass ich damit u.U. einzelnen Menschen, aber auch der Kirche in ihrem nicht einfachen Verhältnis zum Staat, nützlich sein könnte. Sie bedeuteten für mich weder einen „inneren Seitenwechsel“ noch eine auf den eigenen Vorteil ausgerichtete Anbiederung beim MfS, sondern den Versuch, in einzelnen Fällen vermitteln, ausgleichen oder helfen zu können.“

In zwei anderen Fällen war seelsorglicher Eifer das Motiv für den Kontakt. So heißt es in der Stellungnahme eines Priesters:

„Mit den wiederholten Besuchen verband mit der Zeit Herr X immermehr persönliche Fragen, die aus seinem familiären Raum kamen, z.B. eigene Krankheit, krebskranke Mutter.... , besseres Verstehen der katholischen Kirche.“

Und ein anderer schreibt: „Für mich war dieser inzwischen fragende Mensch vom MfS wichtig geworden mit seinem privaten, persönlichen Interesse für Glauben, Kirche und meine Glaubenserfahrungen darin.“

Es muss offen bleiben, ob diese Fragen der Führungsoffiziere immer nur „Legende“ und angewandte „operative Psychologie“ oder wirklich echt waren. In einem der Fälle ist der Offizier wenig später an Krebs verstorben. Verständlicherweise finden solche Aspekte der Gespräche in den IM-Akten keinen Niederschlag.

Für eine gerechte Beurteilung der IM-Akten erscheint mir eine Auseinandersetzung mit möglichen Motiven für das Handeln und ihre Bezüge zur ganzen Lebensgeschichte unerlässlich. Mir erscheint es gefährlich, wenn solche Aussagen einfach als nachträgliche Rechtfertigungen abgewertet werden. Motive sind entscheidend für menschliches Verhalten. Andererseits muss bedacht werden, dass gerade Priestern und kirchlichen Mitarbeitern, wie etwa auch Ärzten und Rechtsanwälten besonderes Vertrauen entgegengebracht wurde und ein Vertrauensbruch besonders schwer wiegt.

In vielen Fällen scheint es mir gelungen zu sein, zu einer begrenzten Schuldeinsicht und zur Reue zu führen. Ich bin mir aber nicht sicher, ob die gleichen Personen nach Jahren noch zu ihrer Schuld stehen oder sich wieder zu rechtfertigen versuchen und ihre Schuld erneut verdrängen.

Die Grenzen der möglichen gerichtlichen Verfolgung von SED-Unrecht sind uns allen in den letzten Jahren deutlich geworden. Die Verjährungsfristen schaffen ein zusätzliches Ungleichgewicht im Hinblick auf den Umgang mit IM-Tätigkeit. Die Verhältnismäßigkeit der Sanktionen scheint in Frage gestellt zu sein. Für kriminelle Vergehen gibt es Höchststrafen, Strafnachlass bei guter Führung und Verjährungsfristen. Ein IM bleibt nach bisheriger Rechtslage IM auf Lebenszeit.

Abschließend möchte ich als Einleitung für die anschließende Diskussion aus meiner begrenzten Sicht noch einige Postulate für die weitere „Aufarbeitung“ thesenhaft formulieren. Die Diskussion muss zeigen, welche Anregungen verwirklicht werden können:

Bevor 10 Jahre „Aufarbeitung“ zu Ende sind, ist eine gründliche Überprüfung der bisherigen Praxis, der erreichten Ergebnisse und der spürbaren Defizite dringend erforderlich. Gegebenenfalls sind rechtliche Korrekturen anzustreben (Novellierung des Stasiunterlagen-Gesetzes)

Eine vorzeitige Schließung der Stasiakten ist zu verhindern, solange Anträge von Bürgern auf Akteneinsicht vorliegen. Später kann dieses Recht auf die wissenschaftliche Forschung eingeschränkt werden.

Eine Generalamnestie für Straftatbestände der SED-Zeit ist ebenfalls zu verhindern, da sie im wesentlichen nur den hauptamtlichen Staatsfunktionären und MfS-Mitarbeitern nutzt und inoffizielle Mitarbeiter (IM) benachteiligt.

Ziel der weiteren „Aufarbeitung“ sollte nicht nur die weitere „Wahrheitsfindung“ sein, sondern diese sollte zugleich ein Beitrag für den Prozess einer Versöhnung unserer Gesellschaft werden. Es sollte sprachlich zwischen als „IM“ vom MfS registrierten Personen und für das MfS tätigen „IM“ unterschieden werden. Für erstere ist, wenn die Registrierung zu Unrecht erfolgte und dies bewiesen werden kann, ein rechtlicher Weg zur Rehabilitierung zu eröffnen und eine Sperrungsmöglichkeit der Einsichtnahme ihrer Akten zu schaffen.

Rechtsgrundsätze, wie das Recht auf Rechtsbeistand, Rechtsbelehrung vor dem Verfahren, Recht auf Aussageverweigerung, Beweislast durch den Kläger u.a., sind auch für „außergerichtliche“ Verfahren zu verankern.

Nichtbeachtung sollte die Nichtigkeit der Verfahren bewirken.

Die Verhältnismäßigkeit zwischen „außergerichtlichem“ Vorgehen und strafrechtlichen Verfahren mit Höchststrafen, Strafnachlass, Verjährungsfristen und Sanktionen für IM-Tätigkeit ist zu überprüfen.

Reue und Wiedergutmachung sind dabei in hohem Maße zu berücksichtigen.

Das Gespräch mit sogenannten „Tätern“ ist als eine Quelle zur Wahrheitsfindung in allen „außergerichtlichen“ Verfahrensordnungen zu verankern.

Der durch Novellierung von § 19.1. StKG eingeschlagene Weg, bestimmte gering belastete Personengruppen von der Mitteilungspflicht des BSTU auszuschließen, sollte gezielt fortgeführt werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe auf eine weiterführende Diskussion.

Anlage

*Bericht über die Kontaktaufnahme zu dem Caritasdirektor Grande 14.02.1984*

G. sieht ein, dass die Arbeit der Arbeitsgruppe durch einzelne Personen missbraucht wird und dass wir als MfS darauf vorbeugend Einfluss nehmen, dass dies nicht der Fall ist.

G. ist damit einverstanden, dass sich unterzeichnender Mitarbeiter in Sachfragen jederzeit an ihn wenden kann.

Mit G. wurde vereinbart, dass über dieses Gespräch nur Bischof Schaffran informiert wird.

*Aktenbericht - 21.02.1984*

*H. H. Bischof Schaffran*

Herr Schanze wies darauf hin, dass er auch in Zukunft bei gegebenem Anlass, wegen Klärung notwendiger Sachverhalte sich an mich wenden wollte.

Über die Tatsache, dass meinerseits eine Berichterstattung an den Mentor der Berliner Bischofskonferenz für die Arbeitsgruppe erfolgt, war er bereits informiert.

*Norbert Peikert:*

## **Die "Täter-Opfer"-Problematik aus psychologischer Perspektive**

Täter-Opfer-Problematik aus psychologischer Sicht. Zwei Vorbemerkungen: Ich werde hier den Täter-Opfer-Begriff wie in der Alltagssprache verwenden. Immer wieder bemängeln wir seine Unschärfe und polarisierende Einseitigkeit, und doch steht im Augenblick ein anderer geeigneter Begriff nicht zur Verfügung.

Und ein Zweites: Ich habe diesen vorbereiteten Text im Laufe dieser Tagung verändert, weil mir einzelne Akzente - z.B. der der Vergebung - wichtig erscheinen, in die Thematik, die mir aufgetragen ist, aufzunehmen und weiterzuführen. Deswegen kann ich Ihnen ein Konzept nicht zur Verfügung stellen.

### **1. Psycho-Soziale Beratung bei Stasi-Konflikten**

Im Februar 1992 begannen wir mit der Beratungstätigkeit. Wir nannten diese Beratung "Psycho-soziale Beratung bei Stasi-Konflikten". Zustandegekommen war diese Aufgabe im Zusammenhang mit der Beratungstätigkeit, die ich schon etwa seit Februar 89 in der Beratungsstelle, die ich damals leitete, ausübte: eine Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstelle im Auftrag des Ordinariates in Dresden. Es kamen in zunehmendem Maße Kurzeinhaftierte, die im Zusammenhang mit Friedensarbeit, mit den Montagsgebeten in Schwierigkeiten geraten waren, für kurze Zeit verhaftet, - manchmal verurteilt, bisweilen nicht - wieder entlassen worden waren und sich bei Anlaufstellen im Bereich der Kirche meldeten. Das waren vorrangig das Landesjugendpfarramt der Evangelischen Kirche und das Stadtjugendpfarramt. Sofern Beratungsbedarf bei den Betroffenen bestand, schickten diese Pfarrämter die betreffenden Personen zu mir. Ihre Zahl stieg intensiv in der Situation der Wende an, als die sogenannten "Zugeführten", d.h. die aus irgendwelchen Gründen bei Demonstrationen gefassten Personen, nach stundenlangen Verhören teilweise in Hafteinrichtungen, aber auch in Garagen oder in Wohnungen, die der Staatssicherheit zur Verfügung standen, tagelang festgehalten worden waren. Ich entsinne mich an einen jungen Mann, einen Diabetiker, der über 36 Stunden weder etwas zu essen, noch seine Medikamente bekommen hatte, der am Ende seiner Kraft war. Der Beratungsbedarf wurde im Laufe der Zeit - vor allen Dingen nach der Wende - sowohl für Täter als auch für Opfer immer stärker.

Um eine entsprechende Kanalisierung dieser Problematik zu schaffen, haben wir zusammen mit dem damaligen Superintendenten von Dresden-Mitte eine solche Beratungsstelle in Ab-

sprache mit dem Justiz- und dem Sozialministerium - beide Minister, kannten wir persönlich aus unterschiedlichen Arbeiten in der Vergangenheit - unter dem Dach der Kirche gegründet. Unter dem Dach der Kirche zum einen, weil Kirche - ganz unabhängig von Konfessionen - innerhalb der Gesellschaft der DDR ein hohes Maß an Vertrauen besaß, wenn es um Fragen der DDR-Vergangenheit ging. Die Kirchen haben in der Zeit des Sozialismus und besonders in der Wende eine Rolle gespielt, die von vielen Menschen als konstruktiv erlebt wurde. Und der zweite Grund, diese Beratung in Zusammenarbeit mit der Kirche zu leisten, bestand darin, dass wir als Berater selbst uns mit der Kirche verbunden fühlten und dort eine Basis für uns erlebten, diese Aufgabe auch in deren Schutz übernehmen zu können.

Das Team bestand aus vier Beratern und Beraterinnen, einer Dame, drei Herren, Psychologen und Seelsorgern. Einer der Berater kam aus der Bürgerbewegung. Er hat von Anfang an bei der Auflösung der Staatssicherheit mitgearbeitet und besaß eine genaue Kenntnis über Aufbau, Funktion und innere Zusammenhänge des Sicherheitssystems.

Die Beratung besteht in verkleinertem Maß heute noch, ist aber zahlenmäßig im Verhältnis zu damals stark zurückgegangen. Gründe dafür sind der zeitliche Abstand zur Situation, das Schwinden des öffentlichen Interesses und - ganz wesentlich - die Zunahme der Beraterkompetenz bei den MitarbeiterInnen, die die Akteneinsicht in der Außenstelle der Gauck-Behörde in Dresden leiten. Diese Damen und Herren arbeiten an dieser Stelle bereits seit Jahren und haben Kompetenz erworben durch Weiterbildung, Supervision und praktische Erfahrung während des tagtäglichen Umgangs mit Akten und Personen, die darin Einsicht nehmen. Der Beratungsbedarf geht also zurück, aber gleichzeitig spezifiziert sich die Bera-tertätigkeit immer mehr.

Unter psycho-sozialer Beratung verstanden und verstehen wir bis heute die Begleitung des Ratsuchenden auf seinem Weg der intrapsychischen Reflexion eigener Verflochtenheit mit dem Staatssicherheitsdienst als Opfer oder als Täter. Es geht also nicht um eine aktive Mit-hilfe bei der Akteneinsicht und noch weniger um eine direkte Mitarbeit bei der beruflichen oder sozialen Integration oder auch Rehabilitation bei Behörden. Beratung unterstützt lediglich die Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten zur Staatssicherheit. Wir haben diese Grenze in der Beziehung zu der Person nur an einem einzigen Punkt überschritten, wenn es darum ging, eine Beziehung zu nahestehenden Beteiligten wiederherstellen zu hel-fen. Das betrifft solche Fälle, bei denen Täter aus dem unmittelbaren Freundes- oder Famili-enkreis des Observierten stammen. Von daher entsteht das Bedürfnis oder bisweilen sogar ein bestimmtes Maß von Notwendigkeit, die Beziehung nach Möglichkeit wiederaufbauen zu helfen - etwa zum eigenen Ehepartner.

Ich denke an eine Frau, deren Mann über etwa zehn Jahre als IM tätig war und regelmäßig ihren Papierkorb geleert hat bzw. alles, was er in ihren Taschen fand, kopierte und weitergab. Die Bitte dieser Frau war, dabei behilflich zu sein, die dadurch völlig gestörte Beziehung durch ein gemeinsames Gespräch zu verändern. Ich habe wiederholt Gespräche mit ihm geführt, und auch er hatte die Absicht, ein gemeinsames Gespräch zu dritt zu führen. Im allerletzten Augenblick, etwa zwei Stunden vorher rief er mich an mit der Bitte, ihn zu entschuldigen, er könne es nicht leisten.

## **2. Täter und Opfer**

Meine Aufgabe für diesen Vortrag ist die Wahrnehmung der "Täter-Opfer"-Beziehung. Es geht also im folgenden vorrangig um die Beziehung der Täter zu den Opfern. Die Beziehung der Opfer zu den Tätern unterscheidet sich häufig intensiv von der Motivation in umgekehrter Richtung. Von Anfang an haben wir unsere Beratung auch für Täter geöffnet, d.h. für inoffizielle und für hauptamtliche Mitarbeiter der Staatssicherheit, weil wir es einmal als eine seelsorgerliche, aber zum anderen auch als eine humanitäre Aufgabe ansehen, beiden Anteilen eine gleiche Möglichkeit zur Aufarbeitung des Vergangenen zur Verfügung zu stellen. Damit unterscheiden wir uns deutlich von anderen vergleichbaren Beratungseinrichtungen, die jede Form von Täterberatung ganz grundsätzlich ablehnen. Es hat ausführliche Gespräche untereinander darüber gegeben. An dieser Stelle blieben deutliche Divergenzen.

Die Anzahl der Täter unter den Ratsuchenden war immer weitaus geringer als die der Opfer. Ursachen dafür sind zum einen Angst und Scham. Übrigens ist bis heute nicht eine einzige Frau, die sich als Täterin versteht, zu uns in die Beratung gekommen; es erschienen nur Männer und ich meine, das ist in diesem Zusammenhang nicht zufällig. Der zweite Grund, warum die Zahl der Täter immer geringer blieb, ist darin zu sehen, dass es eigene interne Beratungsmöglichkeiten für ehemalige Mitarbeiter unter der Staatssicherheit selbst gab, die zum Teil bis heute bestehen. Sie brauchten daher unsere kirchlichen Angebote, also in einem bestimmten Umfang die des "Klassenfeinds", nicht zu nutzen. Und ein dritter Grund besteht darin, dass für die meisten Mitarbeiter damals und auch heute kein Bedürfnis zur Beratung vorhanden ist. Die meisten bagatellisieren die Problematik als "vergangen, versehen sie, mit einer ursprünglich guten Absicht, verdrängen ihren Kern. Darüber werden wir gleich ausführlicher zu sprechen haben.

Um die psychische Situation ehemaliger Mitarbeiter verstehen zu können, ist es nötig, den gesellschaftlichen Hintergrund genauer anzusehen. Das, was wir heute schon gehört haben, möchte ich nochmals betonen: nach sozialistischem Geschichtsbewusstsein bestand der

Glaube, diese gesellschaftliche Form eines sozialistischen Staates in der DDR werde dauerhaft existieren und sich sogar weiter, auch in den Westen hinein, ausbreiten. Dem Mitarbeiter der Staatssicherheit war zugesichert, seine konspirative Arbeit unterliege der unbedingten Anonymität, weitgehender Geheimhaltung und Unentdecktheit. Die Wende bedeutete damit einen geradezu unvorstellbaren Veränderungsprozess. Plötzlich wurde der Mitarbeiter aus seinem Versteck herausgerissen, er fand seinen Namen in öffentlichen Listen der Medien, wurde in der Familie, der Nachbarschaft und im Kollegenkreis als ein solcher entdeckt. Ist dieser Zwang zur historischen Realität ein Angebot zur Wahrheit oder eine Bedrohung für die Person? Wir können davon ausgehen, dass jeder Druck, der erzeugt wird, auch einen Gegendruck entstehen lässt und dieser eine weitere Verpanzerung bewirkt. Ist eine Wahrheit dann überhaupt noch Wahrheit, wenn sie unannehmbar wird? Viele ehemalige Mitarbeiter, mit denen ich sprechen konnte, reagierten mit Abwehr, Wut, Angst und Scham. Mit diesen Gefühlen aber ist es unmöglich, sich in einen Prozess zu begeben, von dem erwartet wird, eigenes Verhalten kritisch zu reflektieren und zu Verständnis und Akzeptanz auch für die eigene damalige Entscheidung zur Mitarbeit bei der Staatssicherheit zu gelangen. Die Fähigkeit zur Veränderung bisher kritisch abgewehrter Verhaltensweisen kann nur erreicht werden - das wissen wir aus der Psychotherapie sehr genau - durch ihre vorherige verständnisbereite Akzeptanz in mir selbst: (ein bestimmtes, mir bisher peinliches Verhalten will ich jetzt als zu mir gehörig anzunehmen beginnen. Ich habe aus bestimmten biographischen Gründen mich damals so entschieden, auch wenn ich es heute nicht mehr verstehen kann/will.) Bleiben aber Gefühle von Schuld, von Angst, von Widerstand die vorrangigen Emotionen einem Verhalten gegenüber, ist die Chance zu einer tatsächlichen seelischen Aufarbeitung außerordentlich gering. Der dann verbleibende einfachste und zugleich bedrohlichste Weg ist der der Verdrängung. Unter Verdrängung verstehe ich hier einen Abwehrmechanismus, dessen sich das Ich bedient, wenn Bewusstseinsinhalte - Gedanken, Vorstellungen, Gefühle, Erinnerungen, Triebanteile - vom Bewusstsein ferngehalten werden müssen, weil sie dem Ich im Hinblick auf andere innere und äußere Anforderungen Unlust erzeugen, also hier vor allen Dingen Angst-, Schuld- und Schamgefühle.

Für diese Situation ein Beispiel aus der Beratung: Ich war darum gebeten worden, an einem Treffen einer kirchlichen Friedensgruppe mit ihrem langjährigen IM teilzunehmen und diese erste Begegnung zu begleiten. Die betreffende Person war als Informant der Stasi erst wenige Tage zuvor einem Gruppenmitglied bei der Akteneinsicht bekannt geworden. Bis zuletzt hatte sie jeden Bezug zur Staatssicherheit zurückgewiesen. Das etwa vierstündige Gespräch führte bei den Gruppenmitgliedern zu Hilflosigkeit, Irritation und einer tiefen Trauer. Der Versuch zur Konfrontation beider Seiten scheiterte an dem Versagen der Erinnerung der Person, ihre IM-Tätigkeit betreffend. Sie könne und wolle sich auch an Einzelheiten der Vergangenheit und ihre Zusammenhänge nicht erinnern. Es sei viele Jahre her, sie sei damals

mit der Absicht in diese Gruppe gekommen, für Frieden, Demokratie und Abrüstung als Christin tätig zu sein. Ob, wann, unter welchem Verhalten und auch unter welchen Voraussetzungen der Staatssicherheitsdienst Aufträge erteilt habe, welche Berichte geschrieben wurden, ob Gegenleistungen erbracht wurden, daran gäbe es keinerlei Erinnerung. Der eigenen Unterschrift gemäß, den Akten zufolge, die eine Vielzahl von Einzelberichten ausweisen, sagt die Person, müsse es wohl so etwas wie eine IM -Tätigkeit gegeben haben. Was aber? Achselzucken. Kein Wort mehr. Alle Rückfragen wurden mit erhobenen Händen, mit gezuckten Schultern, mit Schweigen, mit Kopfschütteln beantwortet. Kein Wort mehr. Was ist das? In den Folgetagen gab es im Anschluss an diesen schwierigen Abend eine Reihe von Einzelgesprächen. Gruppenmitglieder kamen zu mir mit ganz eindeutigen Zeichen von Retraumatisierung. Wenn das in unserer Gruppe so ist, wie es an diesem Abend war, wenn schon wir dieses zu leisten unfähig sind, was soll dann aus dem Zusammenwachsen von Ost und West werden? Wenn das schon bei uns in dieser kleinen Gruppe so ist, wie soll dann Gesellschaft sich dazu verhalten? Das Vertrauen untereinander ist doch eine Farce. Unsere Situation heute als diese Gruppe ist schlimmer als in der DDR-Zeit. Damals wussten wir nicht darum. Heute wissen wir es und können uns doch nicht anders verhalten als damals. Es geht uns schlechter als je zuvor. Die Gruppe ist an dieser Problematik gescheitert. Nicht nur mit ihrer Absicht zur gemeinsamen Veränderung der Stagnation, sondern auch in ihrer Fähigkeit, als Gruppe weiter zusammenzuhalten. Ist von einer solchen Gruppe, von dem Einzelnen und von der Gemeinsamkeit so etwas wie Vergebung zu erwarten? Mir ging das Wort gestern, „Steh auf, Abel,“ immer wieder durch den Kopf, genau in diesem Zusammenhang.

Ich habe nicht ein einziges konstruktives Gespräch zwischen Tätern und Opfern erlebt. Die Angst voreinander oder die Befürchtung, es könne nicht gelingen und die Situation nur verschlimmern, also das, was wir unter Retraumatisierung verstehen, ist so übermächtig, dass die Angst davor nicht überwunden werden kann. Diese Erfahrungen machen deutlich, wo die Grenzen unserer Beratungstätigkeit liegen.

### **3. Vergebung**

Wenn gestern zum Ausdruck kam, es könnte ein wesentlicher Unterschied sein, in einer Demokratie oder in einer Diktatur leben gelernt zu haben, dann scheint mir das zutreffend zu sein. Und wenn ich frage, worin wohl der entscheidende Unterschied zwischen den beiden gesellschaftlichen Bedingungen für die Einführung des Individuum in das Leben besteht, dann ist meine Antwort: In der Fähigkeit Vertrauen zu lernen. Über den Weg des Vertrauens zu anderen - für das Kind vor allen Dingen das Vertrauen zu den Eltern - gewinnt die Person

schließlich Vertrauen zu sich selbst. Vertrauen hat unmittelbare Rückbezüge auf das individuelle Selbstwertgefühl, auf die Eigenmacht, die Kreativität und die Würde des Menschen. Diese personalen Werte werden primär durch Diktatur gefährdet, und zwar gleichermaßen für Täter und Opfer. Diese Voraussetzung ist wesentlich für das Verständnis von Vergebung. Was ist Vergebung und wie kann sie in der Beziehung zwischen Menschen wirksam werden? Sie kann und sie will zunächst Schuld nicht ungeschehen machen oder auch nur beschönigen. Vergebung ist die Fähigkeit, von jetzt ab dem Täter wieder vertrauen zu können. Der Glaube an die wiedergewonnene Vertrauenswürdigkeit bedeutet Aufarbeitung im Sinne von Versöhnung. Auf diese Weise kann die durch das Geschehene gestörte Beziehung wieder zu leben beginnen. Wie wir wissen, basiert Vertrauen vorrangig auf unserer Emotionalität, nur in zweiter Hinsicht ist es eine Fähigkeit des Willens. Somit kann es dem Verstand nicht gelingen, durch einen Akt der Entscheidung Vertrauen aufzubauen.

Nun noch einmal: " Steh auf, Abel! " ist ein Imperativ gerichtet an das Opfer. Dieses Wort kann nicht von Außen kommen; niemand kann nach dem Gewesenen einem anderen Vertrauen befehlen. Dieser Anruf kann nur aus dem eigenen Ich stammen und sich an einen todgeglaubten Anteil des Ich richten. Aus welcher Schöpferkraft kann das Ich einen solchen Befehl erteilen? Woher kommt dem Ich die Kraft wieder Vertrauen zu können? Eine wesentliche Voraussetzung ist die Erstarkung des Ich, wodurch es sich der vergangenen Angst bewusst wird und erfährt, gegenwärtig keine Angst mehr vor erneutem Vertrauensmissbrauch zu erleben. Eine weitere Voraussetzung für Vergebung ist die glaubwürdige Erfahrung wenigstens einem Menschen (SeelsorgerIn, BeraterIn, TherapeutIn) Vertrauen schenken zu können. Aus dem bisherigen Umgang mit der Stasi-Konflikt Beratung geht hervor, dass es nicht gelang diese Voraussetzungen zu schaffen.

#### **4. Das Diktat der Angst**

In der Stasi-Beratung ist mir zunehmend bewusst geworden: zuallererst schädigt der Täter nicht das Opfer, sondern sich selbst. Das gilt für gewalttätiges Verhalten allgemein. Durch sein Verhalten schädigt der Täter zunächst sein Vertrauen zu sich selbst. Er destruiert seinen Selbstwert, er bedroht seine Selbstachtung, ob er das wahrnimmt und wahrhaben will oder nicht. Zu fragen ist, was führt den Täter eigentlich innerlich dazu, sich so aggressiv gegen sich selbst zu verhalten? Die Hypothese heißt: zunächst ist jeder Täter selbst Opfer gewesen. In den letzten Tagen wurde mehrfach der Blick in die jeweilige Biographie ange-mahnt.

Ein zweiter Ansatz: der Apparat der Staatssicherheit ist das Produkt von Angst und auch von Aggressivität der Partei. Angst vor den phantasierten, aufgebauschten Angriffen des Klassenfeindes, der wie ein Teufel niemals schläft.

Diese Angst machte es notwendig, der Partei einen Apparat zu schaffen, der hilft, die Angst zu verringern. Die Staatssicherheit verstand sich als "Schild und Schwert" der Partei: Es sind aggressive Symbole gegen die eigene Bedrohung.

Diese Angst fließt in jedem Mitarbeiter und wird wirksam auf je individuelle Weise. Solange Angst und Aggressivität unverändert in der einzelnen Person weiter bestehen und nicht "erlöst", dass heißt bewusst gemacht werden, besteht die Gefahr der Verdrängung. Daraus erfolgt eine Unfähigkeit der Veränderung bis in unsere Tage. Die Angst bleibt nicht in der Person des IM, sie fließt weiter, teilt sich, greift über nach der Wende auch auf uns als BeraterInnen. Zu Anfang der Beratung, mit dem geringen Maß an Erfahrung in dieser Problematik hat mich Angst mehrfach erfasst.

Dafür ein Beispiel: Ich saß allein in meinem Beratungszimmer. Plötzlich wird die Tür aufgerissen. Ein Mann stürzt herein und ruft: "Die sind hinter mir her! Ich bewache ein Stasi-Objekt voller Material. Das will ich nicht mehr! Jetzt sind meine Kollegen hinter mir her. Was soll ich denn machen? Nun sagen Sie doch endlich was!" Ich wusste nicht was ich sagen sollte. Es klingelte das Telefon. Er: "Jetzt sind sie da!" Er lief hinaus, ich habe ihn nicht wieder gesehen.

Die Angst davor, in ihren Akten Bedrohliches über sich selbst, etwa Berichte über eigene Verfehlungen zu finden, hindert eine große Zahl von Mitbürgern, ihren Antrag auf Einsicht in die Akten überhaupt zu stellen. Die Wirksamkeit der Angst ist bis heute relevant. Hier liegt, eine unserer wesentlichen gemeinsamen Aufgaben, bei Aufarbeitung behilflich zu sein, in dem wir mit dieser Angst umzugehen lernen.

*Hubertus Knabe*

## **Die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit - ein ostdeutsches Problem? Anmerkungen aus westdeutscher Perspektive**

### **1. Vorbemerkung**

Als mich Herr Lürer vor einigen Monaten anschrieb, ob ich an diesem Workshop mitwirken könnte, habe ich ihn spontan angerufen und zugesagt. Ich habe es begrüßt, dass eine kirchliche Organisation das Thema Vergangenheitsbewältigung einmal nicht nur auf die „vergangene“, sondern auch auf die „gegenwärtige“ Geschichte bezog. Und ich habe mich gefreut, dass der Anstoß aus dem Bereich der katholischen Kirche kam, die in der öffentlichen Diskussion bei diesem Thema eher selten zu hören ist. In der Tat bin ich der Ansicht, dass die Kirchen als wertebildende Organisationen beim Umgang mit der Vergangenheit eine richtungsweisende Funktion übernehmen sollten, dass sie sich einmischen sollten in die gesellschaftliche Debatte, und dazu müssen sie zunächst selber Klarheit gewinnen.

Ich sage dies auch vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen als ehemaliger Studienleiter der Evangelischen Akademie in Westberlin, der in den späten achtziger Jahren die Erfahrung machen musste, wie die Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur blind machte für die Gegenwart der sozialistischen Diktaturen, wie ein gut gemeinter Antifaschismus geradewegs zum Schulterschluss mit den Machthabern in der DDR und Osteuropa führte. Die Aufarbeitung von Vergangenheit hat nur dann einen Sinn, wenn sie Konsequenzen für die Gegenwart hat - und nicht zum Ritual erstarrt zum billigen Erwerb eines guten Gewissens.

Ich bin mir nicht sicher, ob die Fragestellung dieses Nachmittags (Die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit - ein ostdeutsches Problem?) ernst oder nur rhetorisch gemeint ist. Ich selber neige zu letzterem, da ich und auch der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Herr Gauck, in der Öffentlichkeit wiederholt deutlich gemacht haben, dass die Aufarbeitung dieser zweiten deutschen Diktatur keineswegs nur die Ostdeutschen betrifft; dass auch im Westen viele Menschen der Geheimpolizei der SED zugearbeitet haben und dass die westdeutsche Gesellschaft die Diktatur in Ostdeutschland in vielerlei Hinsicht mit befestigt und manchmal geradezu hofiert hat. Ich kann diese Trennung aber auch aus biographischen Gründen nicht Mitvollziehen, da meine Frau und viele meiner Freunde und Verwandten aus Ostdeutschland stammen und mich diese Diktatur deshalb seit frühester Kindheit beschäftigt hat; da ich in meiner politischen und beruflichen Entwicklung immer wieder Menschen begegnet bin, die die DDR schöngeredet oder verteidigt haben und da-

durch mitverantwortlich wurden; da ich ein wenig versucht habe, mich dem entgegenzustellen und deshalb auch als Westdeutscher vom Ministerium für Staatssicherheit seit meinem 19. Lebensjahr "operativ bearbeitet" wurde.

Ich will deshalb die Eingangsfrage gleich zu Beginn so beantworten, dass die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit in der Tat auch ein westdeutsches Problem ist. Ich will dies in einem ersten Abschnitt am Beispiel des Ministeriums für Staatssicherheit erläutern und in einem zweiten Teil der Frage nachgehen, die mich gegenwärtig am meisten beschäftigt: Wie kommt es, dass die westdeutsche Gesellschaft sich ihrer Verantwortung für diese Vergangenheit nicht stellen will.

## **2. Die West-Arbeit des MfS**

Die West-Arbeit des MfS genoss, von der Gründung bis zur Auflösung des Ministeriums, einen zentralen Stellenwert. Sie war kein exotischer Nebenzweig oder Aufgabe einer einzelnen Abteilung, sondern „Gesamtaufgabe“ des MfS. Aus Sicht der SED bildete der Westen die größte Gefahr für ihre Herrschaft - und musste deshalb vom MfS als „Schild und Schwert der Partei“ umfassend ausgeforscht und neutralisiert werden. Für die „Arbeit im und nach dem Operationsgebiet“, wie die Stasi den Westen nannte, sollten deshalb die gesamten Potenzen des zuletzt 91.000 Mann starken Ministeriums zum Einsatz kommen.

An dieser Grundeinstellung haben weder der Mauerbau, also die hermetische Abschottung gegenüber dem Westen, noch die Entspannungspolitik der siebziger und achtziger Jahre etwas ändern können. Im Gegenteil: So wie das Ministerium immer größere Anstrengungen entfaltete, den „Feind“ im Innern bereits vorbeugend zu bekämpfen, so dehnten sich auch die Aktivitäten im „Operationsgebiet“ immer weiter aus. Am Ende umfassten sie nicht nur Europa, die USA und viele Entwicklungsländer, sondern auch China und sogar Polen.

Allein der Mitarbeiterbestand der bis 1986 von Markus Wolf geleiteten Hauptverwaltung A verdoppelte sich mit jedem Jahrzehnt: von 518 Hauptamtlichen im Jahr 1960 auf zuletzt fast 4.000 Beschäftigte. „Aufgabe aller Diensteinheiten der Aufklärung und der Abwehr“, so Mielke in seiner letzten Planvorgabe, „ist die maximale Unterstützung der Partei- und Staatsführung bei der Verwirklichung ihrer Politik zur Gewährleistung günstiger äußerer Bedingungen für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.“

Aus heutiger Sicht ist es schwer, sich vorzustellen, mit welchem Aufwand die Maschinerie der Staatssicherheit an diese Aufgabe heranging. Jeder DDR-Besuch eines Bundesdeut-

schen wurde automatisch auf seine „operative“ Relevanz geprüft. Die flächendeckende Postkontrolle der Staatssicherheit, eigentlich ein klassisches Organ innerer Unterdrückung, filterte aus den grenzüberschreitenden Postsendungen ganze Straßenzüge und Ortschaften in der Bundesrepublik für die Aufklärung heraus. Bis hinunter in die Kreisdienststellen taten spezielle „Offiziere für Aufklärung“ Dienst. In den siebziger und achtziger Jahren geriet die „allseitige Nutzung der Basis DDR“ immer mehr in den Mittelpunkt der operativen Arbeit - weil sie risikoloser und billiger war als die Anwerbung von Bundesbürgern.

Es kann daher nicht oft genug hervorgehoben werden, dass - im Gegensatz zur Bundesrepublik - „Abwehr“ und „Aufklärung“ im MfS ein Gesamtsystem bildeten und vor allem daraus ihre große Schlagkraft bezogen. Außer den „Service-Abteilungen“ des MfS, also die Post- und Telefonkontrolle, die Observationstrupps der Hauptabteilung VIII und vor allem die für die Ätherspionage zuständige Hauptabteilung III, hatten auch die meisten der nach innen gerichteten Diensteinheiten spezielle Zuständigkeiten im Westen. Dies war insofern folgerichtig, als im Weltbild der SED alle hausgemachten Probleme - von den Schwierigkeiten der Wirtschaft über die Ausreisewilligen bis zu den Gruppen der Opposition - grundsätzlich vom „Klassenfeind“ verursacht waren.

Nach einer unlängst aufgefundenen Liste bearbeitete die HVA in den achtziger Jahren insgesamt 1.123 „Zielobjekte“, die meisten in der Bundesrepublik. Allein die für den zentralen Staatsapparat zuständige Abteilung I führte 1986 21 Haupt-, 57 Basis- und 15 Feindobjekte - darunter nicht nur fast alle Bundesministerien, sondern auch der Deutsche Akademische Austauschdienst in Bonn, das IFO-Institut für Wirtschaftsforschung in München oder die kirchliche Hilfsorganisation „Brot für die Welt“ in Stuttgart. Zu 153 „feindlichen“ Stellen beauftragte Mielke 1985 jeweils eine Diensteinheit seines Ministeriums, in deren „Ausgangsbasen und Führungsgremien einzudringen“.

In der Praxis bedeutete dies, dass zumindest ein Objektvorgang geführt werden musste und regelmäßige Objektanalysen, vor allem zu den Möglichkeiten eines Eindringens, angefertigt wurden. Bei den als „feindlich“ angesehenen Objekten sollten deren „Machenschaften“ entlarvt und ihr „Wirksamwerden“ nachhaltig verhindert werden. In vielen Fällen erfolgte die Bekämpfung von SED-kritischen Personen oder Institutionen auch in Form eines „Operativen Vorgangs“, bei denen oftmals das ganze widerwärtige Spektrum geheimdienstlicher Aufklärungs- und Zersetzungsmaßnahmen zum Einsatz kam.

Hauptwaffe des MfS waren auch im Westen die Inoffiziellen Mitarbeiter. Bei einer überschlägigen Zählung der überlieferten Karteikarten des MfS zeigte sich, dass darin noch heute rund 20.000 Bundesbürger als IM registriert sind. Allerdings wurden die Karteikarten der

HVA sämtlichst gezogen, und die vieler West-IM aus anderen Dienstseinheiten ebenso, so dass ein exaktes Zahlenbild nicht zu geben ist.

Im Westen agierten freilich nicht nur die „klassischen“ Spione. Vielmehr hatte das MfS ein komplexes System aus Quellen, Werbern, Instruktoren, Kurieren, Offizieren im besonderen Einsatz, Stützpunkt-IM usw. entwickelt, das immer wieder verbessert wurde. Erst der breite Unterbau, in dem auch viele DDR-Bürger eine zentrale Rolle spielten, ermöglichte es Markus Wolf seinem Minister Meldungen wie diese zu machen:

„Die Abteilung I konnte in zwei Hauptobjekten (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Bundesministerium für Wirtschaft) erstmalig Quellen schaffen. [...] Zwei Vorgänge, Sekretärinnen in CDU-Spitze, befinden sich vor Abschluss der Werbung. Zwei Vorgänge, Bundestagsabgeordnete der SPD, konnten von der politischen Kontaktierung in die Phase der Abschöpfung [...] übergeleitet werden. Ein IM wurde in die Friedrich-Ebert-Stiftung eingeschleust.“ - Undsoweiterundsofort.

Von immer größerer Bedeutung war daneben die elektronische Ausspähung der Bundesrepublik. Das MfS belauschte nicht nur den Polizeifunk, sondern konnte auch auf die aktuellen Fahndungslisten zugreifen und beim Kraftfahrtbundesamt in Flensburg über Funk Anfragen tätigen. Die Überwachung des Äthers war so intensiv, dass die Stasi beispielsweise 1982 allein aus dem diplomatischen Dienst der Türkei über 10.000 vertrauliche Fernschreiben abfing und größtenteils dechiffrierte.

Auch der Autotelefonverkehr in der Bundesrepublik wurde systematisch abgehört - nicht nur in Westberlin oder an den Grenzen, sondern auch in operativen „Schwerpunktterritorien“ wie Bonn, Köln, Düsseldorf, Frankfurt oder Stuttgart. Die Autotelefone des Bundespräsidenten, der Mitglieder der Bundesregierung, der Präsidenten von BND und Verfassungsschutz, des Generalbundesanwaltes sowie vieler anderer Personen des öffentlichen Lebens standen alle unter „Zielkontrolle“.

Vor allem aber gelang es dem MfS, den überregionalen Telefonverkehr in der Bundesrepublik anzuzapfen, indem es die Richtfunkstrecken der Deutschen Bundespost aus sogenannten „Abschöpfungsstützpunkten“ anpeilte und die dort gebündelten Gespräche belauschte. Rund 100.000 westdeutsche Telefonnummern hatte die Hauptabteilung III nach Aussagen ehemaliger Mitarbeiter in sogenannte „Rufnummernselektierungsanlagen“ eingespeichert. Wenn ein Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes in Berlin anrief, wenn das Bundeskriminalamt führende Staatsschutzbeamte telefonisch zu einer Arbeitsbesprechung einlud - dann schalteten sich die Tonbänder der Staatssicherheit automatisch mit ein.

Die Abschriften wurden als „operative“ Informationen zusammengefasst und weitergeleitet. Darüber hinaus bildeten sie die Grundlage für eine systematische „Dossierarbeit“ zu Personen, Vorgängen und Institutionen. „Sind es nicht wir“, so ist uns die stolze Frage eines verantwortlichen Leiters der „Funkaufklärung“ überliefert, „die mit unseren Möglichkeiten in relativ kurzem Zeitraum umfassende Personenaufklärungsergebnisse auf den Tisch legen können, selbst Hinweise und Angaben aus dem tiefsten intimen Bereich von Menschen, die beispielsweise ein Inoffizieller Mitarbeiter nicht erarbeiten und erbringen könnte?“

Die Schwerpunkte der auf diese Weise organisierten Überwachung von Bundesbürgern lagen in den Bereichen Politik, Militär, Wirtschaft, Geheimdienste, Medien sowie bei denen, die man als „Feinde“ der SED betrachtete. Wie ausgetüftelt dieses System der massenhaften Ausforschung war, kann man vielleicht am Beispiel der Wirtschaftsspionage illustrieren. Hier wird deutlich, dass das MfS nicht, wie zuweilen behauptet, aus einer Art geheimdienstlicher Raffgier beliebig alle nur zu bekommenden Informationen akquirierte - und letztlich selber daran erstickte. Vielmehr folgte die Beschaffung einem wohldurchdachten Konzept zur Lösung der von der SED vorgegebenen Aufgabenstellungen.

Zu diesem Zweck wurden, entsprechend den Plänen für die DDR-Wirtschaft, die Schwerpunkte der Informationsbeschaffung von der Führungsspitze des MfS vorgegeben. Zur „Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ in der DDR und zur „Erhöhung von Produktivität und Effektivität in der Volkswirtschaft“ waren die Dienstseinheiten des MfS zu „zielgerichtete[n] Maßnahmen“ der Wirtschaftsaufklärung“ verpflichtet.

Für jede Information, die der „Sektor Wissenschaft und Technik“ (SWT) entsprechend seinen Vorgaben übermittelt bekam, wurden Noten verteilt, die am Ende des Jahres statistisch aufbereitet und die Grundlage für die Einschätzung der Arbeit der Dienstseinheiten und ihrer Agenten bildeten. Zusätzlich versandte der SWT sogenannte „Aufgabenstellungen“, mittels derer genau umrissene Beschaffungsaufträge MfS-weit „ausgeschrieben“ wurden.

Aus der Arbeit der Aufklärungsabteilung in Gera ist eine Sammlung derartiger „Bestellungen“ überliefert, bei denen es vor allem um technische Informationen aus den Bereichen Kernkraft und Industriekeramik ging - hier verfügte die Geraer Aufklärung über zwei potente Inoffizielle Mitarbeiter. So wusste die Stasi beispielsweise, mit welchen Pulvern im Elektroschmelzwerk Kempten die Keramikformen hergestellt wurden. Unter der Kenn-Nr. 97.86.60138 stellte sie nun, bei einer Laufzeit von 15 Monaten, zur Aufgabe: „Nach welcher Technologie werden die Pulver hergestellt? Wie erfolgt der Versatz bzw. das Mischen des Ausgangspulvers (prozentuale Zusammensetzung)? [...] Welcher Ofenvorgang wird eingesetzt bzw. wie erfolgt das Heißpressen (genaue Beschreibung der Anlage)? Welcher Zeit-

verlauf besteht bezüglich Temperatur, Gasdruck, Pressdruck [...] Schutzgaszugabe?" - und soweiterundsofort.

Oberstes Gebot war es, die „Auswertung, Überarbeitung und Nutzung“ der Spionageergebnisse so zu organisieren, dass sie „unmittelbar und wesentlich zur Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion“ beitrugen. Zu diesem Zweck wurden die einlaufenden Informationen über sogenannte „legale Residenturen“ in den Fachministerien und anderen zentralen Einrichtungen an speziell ausgewählte und überprüfte „Auswerter“ weitergeleitet - im VEB Carl Zeiss Jena beispielsweise eine ganze Abteilung. Umgekehrt lösten zentrale Gremien wie die Führungsgruppe Schlüsseltechnologien regelmäßig Beschaffungsaufträge für die DDR-Wirtschaft aus. In diesem Gremium saß beispielsweise der zuständige Abteilungsleiter des Zentralkomitees, Tautenhahn, der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel und MfS-Offizier im besonderes Einsatz, Schalck, der Staatssekretär in der Staatlichen Plankommission, Wenzel, sowie der Staatssekretär im Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik, Nendel, der zugleich als IM fungierte. - Staat und Partei, Wirtschaft, Forschung und Staatssicherheit waren auf dieser Ebene nicht mehr voneinander zu trennen.

Die Umsetzung der „Aufträge“ konnte dann so vonstatten gehen: „Im Zusammenhang mit der erfolgreichen Beschaffung eines 64-bit-Rechners vom Typ CONVEX im Januar 1988 wurde durch [...] Schalck nach vorheriger Abstimmung mit dem Präsidenten der A[kademie] d[er] W[issenschaften] und dem Leiter des Z[entralinstituts für] K[ybernetik und] I[nformationsprozesse] [...] ein Auftrag zur Beschaffung eines leistungsfähigen [...] Softwarepaketes ausgelöst. Mit der Realisierung [...] wurde in Abstimmung mit [...] Nendel der [...] Handelsbereich 4 beauftragt. Ausgehend von der Spezifik dieses Auftrages (strengstes Embargo) wurde dem IM „Hans“ die Realisierung übertragen.“

Die Beschaffung von Gütern oder Informationen im Westen wurde dabei vom MfS immer als Teil eines politischen Kampfauftrages betrachtet. Ziel war es, der DDR und dem sozialistischen Lager durch eine intensive politische, militärische und ökonomische Spionage zur Überlegenheit zu verhelfen. Ziel war die Schwächung und Bekämpfung der Bundesrepublik und der westlichen Staatengemeinschaft. Ziel war es, die Kritiker der DDR und des Sozialismus auch im Westen zurückzudrängen, zu isolieren und nach Möglichkeit auszuschalten. Die Behauptung vieler ehemaliger HVA-Mitarbeiter, bei der West-Arbeit des MfS sei es um die „Bewahrung des Friedens“ und um ein „realistisches Bild vom Gegner“ gegangen, bestätigt sich in den überlieferten Unterlagen gerade nicht.

„Hauptaufgabe“ war es, der einschlägigen Richtlinie 2/79 zufolge, eben nicht nur, „exakte Kenntnisse über die wichtigsten Feindzentren, über das feindliche Potential sowie über die

Widersprüche im Lager des Feindes zu erarbeiten" - sondern darüber hinaus „offensive Maßnahmen gegen feindliche Zentren und gegen im Operationsgebiet tätige feindliche Kräfte durchzuführen" sowie „die internationale Position des Sozialismus und seiner Verbündeten in der Klassenseinsetzung mit dem Imperialismus zu festigen und zu stärken".

Wie dieses umgesetzt werden sollte, legte die Richtlinie ebenfalls fest. Mit sogenannten „aktiven Maßnahmen" versuchte man, (Zitat:)

- „### den Feind bzw. einzelne feindliche Kräfte und Institutionen zu entlarven, zu kompromittieren bzw. zu desorganisieren und zu zersetzen;
- ### progressive Ideen und Gedanken zu verbreiten und fortschrittliche Gruppen und Strömungen im Operationsgebiet zu fördern;
- ### die Entwicklung von Führungspersonlichkeiten und solchen Personen zu beeinflussen, die bei der Bestimmung der öffentlichen Meinung eine besondere Rolle spielen."

Trotz dürftiger Aktenlage ist inzwischen eine Fülle derartiger Maßnahmen belegt - von einer an den saarländischen Ministerpräsidenten Hoffmann adressierten Briefbombe im Februar 1955 bis zu den systematischen Zersetzungsmaßnahmen gegen den in West-Berlin lebenden Schriftsteller Jürgen Fuchs Ende der achtziger Jahre. Die eingesetzten Mittel waren dabei fast immer die gleichen: Gefälschte Schriftstücke, von der Stasi lancierte Presseartikel, gezielte Einflussnahme durch Inoffizielle Mitarbeiter, Verbreitung diskreditierender Gerüchte oder Dokumente, Verunsicherung und Zermürbung der Betroffenen durch individuellen Psychoterror.

Die erhalten gebliebenen Maßnahmepläne zeigen, dass derartige „Aktionen" sorgfältig vorbereitet und oftmals als längerfristige Kampagnen geführt wurden. Vielfach arbeitete man auch eng mit dem KGB zusammen. In vielen Fällen ging es dabei um die gezielte Kompromittierung führender Repräsentanten der Bundesrepublik - etwa der CDU-Politiker Lemmer, Kiesinger, Gerstenmeier, Lübke oder Filbinger sowie der sogenannten „rechten SPD-Führer" Brandt und Wehner.

Darüber hinaus suchte man, die Bundesrepublik insgesamt zu kompromittieren - zum Beispiel durch fingierte antisemitische und ausländerfeindliche Aktionen, durch den „Nachweis" einer angeblichen Produktion von ABC-Waffen in Westdeutschland oder durch die gezielte Unterminierung der Beziehungen zu anderen Staaten. Zahlreiche Maßnahmen zielten auch auf die Beeinflussung oder Störung der westdeutschen Innenpolitik - etwa durch die Lancierung angeblicher interner Papiere aus den Parteien, durch Presseartikel und Periodika, die im Auftrag der Stasi erschienen, oder, als wohl gravierendstes Beispiel, durch die Bestechung des CDU-Abgeordneten Steiner 1972 beim Misstrauensvotum gegen Willy Brandt.

Zugleich betrieb das MfS zielstrebig die Instrumentalisierung der „progressiven“ politischen Kräfte in der Bundesrepublik durch seine dort verankerten IM, namentlich in der SPD, im DGB, auf dem linken Flügel der FDP, in der Friedensbewegung der fünfziger und der achtziger Jahre oder in der Studentenbewegung.

Aus heutiger Sicht wird manchmal skeptisch gefragt, ob all diese Anstrengungen denn überhaupt Ergebnisse zeitigten. Und tatsächlich hat das MfS ja den Kampf gegen den „Klassenfeind“ zuguterletzt verloren. Auf der anderen Seite ist es der SED in vierzig Jahren immerhin gelungen, vom kommunistischen Schmuttelkind zu einem respektierten - bei manchem sogar zu einem angesehenen politischen Partner zu werden. Das MfS hat diesen Prozess auf allen Ebenen befördert, so wie es die Parteiführung von ihm erwartete. Die zunehmende Akzeptanz der SED-Diktatur im Westen war somit auch ein Ergebnis der West-Arbeit der Staatssicherheit.

### **3. Der Umgang mit der DDR-Vergangenheit in Westdeutschland**

Über den Umgang der Deutschen mit ihrer Vergangenheit ist viel geschrieben worden. Eine Wende stellte zweifellos die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 dar. Damals redete er der Nation ins Gewissen und sagte: „Schonung unserer Gefühle durch uns selbst oder durch andere hilft nicht weiter. Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit.“ Und: „Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“

Diese Rede bekräftigte einen Paradigmenwechsel in Westdeutschland. Nach vielen Irrwegen und Verdrängungen hatte sich dort in den späten achtziger Jahren ein breiter gesellschaftlicher Konsens herausgebildet, dass die kritische Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur, mit Schuld und Verstrickung unumgänglich ist. Man hatte die Irrtümer der fünfziger und sechziger Jahre erkannt - und war insofern für die Situation nach dem Zusammenbruch der DDR gut gerüstet, weil man einen einmal begangenen Fehler ungern ein zweites Mal macht. So kam es zu einem Bündnis zwischen den Meinungsführern des Westens mit den Revolutionären des Ostens, die gemeinsam - gegen die politischen Eliten - durchsetzten, dass die Aufarbeitung der SED-Diktatur mit ungewöhnlicher Entschlossenheit in Angriff genommen wurde. Alle Akten des Staats- und Parteiapparates (außer die des Außenministeriums) wurden ohne die sonst üblichen Sperrfristen zugänglich gemacht; sogar das Geheimste des Geheimen, die Unterlagen des Ministeriums für Staats-

sicherheit, wurden entgegen den ursprünglichen Vereinbarungen im Einigungsvertrag und den erheblichen Einwänden wohlmeinender Datenschützer weitgehend offengelegt - und damit die Voraussetzung für eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit geschaffen. Acht Jahre lang betrieb (und finanzierte) der Deutsche Bundestag überdies eine eigene Enquete-Kommission zu diesem Thema, die in unzähligen Expertisen, Vorträgen und Anhörungen die Aufarbeitung vorantrieb. Die Bereitschaft dazu fiel den Westdeutschen um so leichter, als man annahm, dass man selber in diese Geschichte im Grunde nicht involviert war.

Der Elan, sich kritisch mit der Herrschaft der SED auseinander zusetzen, ist nicht nur in Ostdeutschland in den letzten Jahren rapide zurückgegangen. Auch in Westdeutschland ist von der Entschlossenheit der ersten Stunde nur noch wenig zu spüren. Eine merkwürdige Aufspaltung der Geschichte hat sich vielmehr breit gemacht: in eine ferne, vergangene und aufzuarbeitende - und eine andere, nahe, nicht-vergangene, über deren Aufarbeitung und Deutung zunehmend divergierende Standpunkte bestehen. Warum ist, so fragt man sich unwillkürlich, selbst einem Mann wie Richard von Weizsäcker die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit zur Last geworden?

Ich sehe dafür verschiedene Gründe, die ich im Folgenden kurz anreißen will, ohne sie damit für richtig zu erachten.

Der stärkste Antrieb für die kritische Aufarbeitung der DDR-Geschichte, die revolutionäre, SED-kritische Stimmungslage im Osten Deutschlands, hat aus unterschiedlichen Gründen einem weitverbreiteten Katzenjammer Platz gemacht. Das Bedürfnis, die ganze Wahrheit über das Unterdrückungssystem der SED zu erfahren, das anfangs weite Teile der ostdeutschen Gesellschaft einte (man denke nur an die ersten Berichte über Wandlitz, über Schalck-Golodkowsky oder über die Stasi-Überwachung) hat sich vielfach ins Gegenteil verkehrt: Man will an die Vergangenheit nicht mehr erinnert werden, weil sie als unangenehm empfunden wird, weil sie Teil des eigenen Lebens war oder weil sie von anderen Problemen überlagert wird. Die Rollen, die die erlebte Geschichte bereithält, sei es als Opfer, sei es als Täter, sei es als Mitläufer, sind allesamt wenig schmeichelhaft, und sie gewinnen noch an Abstoßung mit jedem zusätzlichen Detail, das die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit hervorbringt.

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist die Stimmungslage in Ostdeutschland auch für die Westdeutschen kein externer Faktor mehr. Spätestens bei Wahlen wird sie zu einem gewichtigen Faktor. Die politischen Akteure aus den alten Ländern suchen deshalb nach Strategien, wie sie damit umgehen sollen. Ein Großteil sucht sein Heil in Anpassung

oder Anbiederung. „Als Westdeutscher bin ich nicht berechtigt, über das Verhalten von Ostdeutschen in der SED-Diktatur zu richten“, lautet ein häufiges Argument, das, wenn es richtig wäre, den meisten Menschen auch ein Urteil über den Nationalsozialismus oder gegenwärtige Unrechtsregime verbieten würde. „Ich weiß nicht, wie ich mich unter den Bedingungen der SED-Herrschaft verhalten hätte...“, lautet ein anderes, das ehrlich gemeint sein mag, in der Konsequenz aber den Tätern und Mitläufern Recht gibt und den Widerstand delegitimiert; es wird merkwürdigerweise häufig gerade von jenen aufgeklärten Intellektuellen immer wieder vorgebracht, die so unerbittlich mit dem Mitläufertum ihrer Eltern in der Nazi-Zeit ins Gericht gegangen sind. Um niemanden vor den Kopf zu stoßen, vermeidet man im Westen die kritische Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit. Unsicherheit und Angst bringen vor allem bei jenen, die die DDR kaum gekannt haben, ein geradezu therapeutisches Verhältnis gegenüber Ostdeutschland hervor, das die Konfrontation mit unangenehmen Wahrheiten im Grunde ausschließt.

Dass diese „Beißhemmung“ gerade von jenen ausgenutzt und befördert wird, die für das Funktionieren der SED-Diktatur Mitverantwortung tragen, versteht sich von selbst. Es entspricht ihrem ureigensten Interesse und wohl auch ihrem inneren Empfinden, die Trennlinie zwischen Unterdrückten und Unterdrückern durch die zwischen Ost und West zu ersetzen. Die ungleich verlaufene Geschichte bietet ein wichtiges Instrument, mit dem man diese Unterscheidung schüren kann.

Die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit geriet dabei - wie nach 1945 - von Anfang in den Konkurrenzkampf der Parteien und politischen Kräfte. Die getrennte Geschichte ist durch die Vereinigung zur gemeinsamen geworden, zu der man sich auch in Westdeutschland irgendwie verhalten muss. Die Delegitimierung der SED-Diktatur gehörte mit zum Erfolgsrezept der CDU in den ersten gesamtdeutschen Wahlen, nostalgische Verklärung sichert der PDS eine Ausnahmestellung unter den Parteien und viele Wählerstimmen. Der Vormarsch der PDS in Ostdeutschland und jetzt auch in Bonn hat zwangsläufig die Maßstäbe zugunsten einer verdrängenden oder beschönigenden Sicht auf die Geschichte verschoben.

Es sind jedoch nicht nur die politischen und atmosphärischen Veränderungen in Ostdeutschland, die die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit in Westdeutschland bremsen. Letztlich sind es auch eigene Befindlichkeiten, die dafür verantwortlich sind und sich von denen in Ostdeutschland gar nicht so sehr unterscheiden. Je deutlicher der Unrechtscharakter der SED-Herrschaft entlarvt wird, desto fragwürdiger wird nämlich auch das eigene Verhalten gegenüber dieser Diktatur. Man braucht nur eine beliebige Zeitung aus den siebziger und achtziger Jahren aufzuschlagen - und ist schockiert, wie nachsichtig die westdeutsche

Gesellschaft mit der Diktatur vor ihrer Haustür umging. Nur wenige können für sich in Anspruch nehmen, die Verhältnisse so klar beim Namen genannt zu haben, wie sie genannt zu werden verdient hätten. Viele weithin akzeptierte Wahrnehmungen und Urteile haben sich vielmehr als gewaltige Fehleinschätzungen erwiesen, als Irrwege der Politik und des bundesdeutschen Zeitgeistes.

Die Liste dieser Fehleinschätzungen und Irrwege ist lang - und ebenso groß ist die Abwehr dagegen, sich offen und selbstkritisch mit ihnen auseinander zusetzen: Die Studentenbewegung mit ihrem apologetischen Verhältnis zum Marxismus, die Abkehr vom Ziel der Wiedervereinigung und die Anbiederung bei den Machthabern in der DDR im Zuge der Entspannungspolitik; das euphemistische DDR-Bild, das in westdeutschen Medien und Universitäten gezeichnet wurde, und die Ausgrenzung derer, die dabei nicht mittun wollten; die peinlichen Szenen, als Honecker in Güstrow Helmut Schmidt einen Bonbon zusteckte, während in Polen das Kriegsrecht ausgerufen wurde und die Opposition ins Internierungslager kam; die Forderungen nach Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter, wie sie in diesem Zeitungsartikel von unserem heutigen Bundeskanzler erhoben wurden; die Einäugigkeit der Friedensbewegung oder die eingangs erwähnte Blindheit kirchlicher Versöhnungsbestrebungen. Für jeden dieser Punkte, mag es seinerzeit ernsthafte Argumente gegeben haben - aber in der Rückschau erscheinen sie immer fragwürdiger, je mehr die SED-Herrschaft zur Geschichte gerinnt.

In dieser Situation ist man auch in Westdeutschland dazu verleitet, den Blick nicht in die Vergangenheit zu richten. Die großen Abrechnungsdebatten sind ausgeblieben - bei den Grünen ebenso wie bei der SPD, bei den Freidemokraten ebenso wie bei CDU/CSU. Nur wenige 68er haben sich an die kritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte gemacht, und in der westdeutschen DDR-Forschung sind die Fehleinschätzungen der Vergangenheit hochgradig tabuisiert. Auch die Stasi-Debatte überlässt man getrost den Ostdeutschen, obwohl es mittlerweile genügend Anlass dafür gibt, sich auch in westlichen Institutionen an die Aufarbeitung des unseligen Wirkens der SED-Geheimpolizei zu machen. Gelingt die Verdrängung nicht, dann kommt es sogar zum gegenteiligen Effekt: die Vergangenheit wird schön geredet, die Diktatur in ihren Auswirkungen verharmlost, die Stasi „entdämonisiert“ - weil es unerträglich ist, die eigene Mitverantwortung einzugestehen, dass die vierzigjährige SED-Herrschaft am Ende weithin auf Akzeptanz oder Indifferenz stieß.

Die kritische Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit wird schließlich auch dadurch gebremst, dass in der westdeutschen Gesellschaft und insbesondere unter ihren Intellektuellen Tiefenströmungen wirksam waren, die, auf unterschiedliche Weise, mit der Ideologie der Machthaber in Ostdeutschland korrespondierten: Die Tradition der Aufklärung, die marxisti-

schen Wurzeln der Sozialdemokratie, die Faszination, die der Sozialismus schon seit den zwanziger Jahren auf Literaten und Künstler ausübte, die Fixierung auf die Schrecken der Hitler-Diktatur, die blind machte für den Terror Stalins, die tiefsitzenden Feindbilder gegenüber der Adenauer-Politik und späteren konservativen Politikansätzen, die kritische Einstellung zur Politik der Vereinigten Staaten, die Sehnsucht nach einer Alternative zur westlich-kapitalistischen Gesellschaft und der idealistische Hang zu säkularen Erlösungsutopien, die Idealisierung sozialer Gleichheit und so weiter und so fort - Vorstellungen, mit denen sich der Kommunismus legitimierte und die bei einer kritischen Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit zwangsläufig mit auf den Prüfstand kommen würden.

Der Zusammenbruch der SED-Herrschaft führte 1989 nur vorübergehend zu einer Verunsicherung dieser in einem langen historischen Prozess herangewachsenen Einstellungen und Haltungen. Das alte Lagerdenken hat das politische und geistige Leben sehr bald wieder strukturiert. Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus stößt dadurch - man denke an die Debatte über das Schwarzbuch - auf geistige Schranken, die fast schon wieder wie so starr und fest sind wie vor 1989. Durch die Etablierung der PDS in der Bundespolitik besteht die Gefahr, dass sich diese eher fluiden politischen Stimmungen auch im Westen parteipolitisch verfestigen und dadurch weiter an Bedeutung gewinnen.

Vor diesem Hintergrund bleibt es eine ebenso schwierige wie notwendige Aufgabe, die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit auch im Westen immer wieder einzufordern. Es geht darum, der Versuchung zu widerstehen, wie schon einmal in diesem Jahrhundert, großzügig den Mantel des Schweigens über ein Herrschaftssystem zu legen, in dem im Namen einer wie auch immer gearteten Ideologie Freiheit und Würde des Menschen außer Kraft gesetzt wurden. Wenn die Geschichte der DDR einen positiven historischen Sinn hat, dann den - die Erfahrung des Kommunismus aus der unmittelbaren Anschauung heraus reflektieren zu können und daraus Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen.



**Anhang**

**Programm**

**Teilnehmerliste**

**Empfehlungen**

## Programmverlauf des Workshops

### Samstag, 16.01.1999

- Anreise (Best Western City Hotel)
- 12.00 Uhr Begrüßung  
und Vorstellung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie des  
Programms  
Einführung in den Workshop
- 13.00 Uhr Mittagessen
- 14.30 Uhr Führung durch das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit der DDR  
(Normannenstraße) sowie das Gefängnis des MfS in Hohenschönhau-  
sen mit anschließendem Gespräch
- 18.30 Uhr Abendessen
- 19.30 Uhr Begegnungsabend  
Kennenlernen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie ihrer biogra-  
phischen Hintergründe

### Sonntag, 17.01.1999

- 7.00 Uhr Frühstück
- 7.50 Uhr Eucharistie, St. Mauritius
- 9.15 Uhr Einheit I: Die internationale Diskussion über den Umgang mit be-  
lasteter Vergangenheit und ihre Bedeutung für das  
deutsch-deutsche Gespräch.  
Referent: Prof. Dr. Thomas Hoppe,  
Universität der Bundeswehr Hamburg
- 11.00 Uhr Pause
- 11.30 Uhr Einheit II: Eine unbewältigte Hypothek. Die gesellschaftliche und  
politische Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur seit  
1990. Eine kritische Bilanz.  
Referent: Wolfgang Templin, Berlin
- 13.00 Uhr Mittagessen

- 14.30 Uhr Einheit III: „Die Sichtweisen der Betroffenen“. Eine kritische Bilanz zum Umgang mit der DDR-Vergangenheit. Ein Runder Tisch.  
Moderation: Prälat Dieter Grande  
Teilnehmer: Edda Ahrberg, Dr. Günter Fritzsch, Erwin Heretsch, Pfarrer Dr. Claus Herold, Prof. Dr. Julius Schoenemann.
- 16.00 Uhr Pause
- 16.30 Uhr Fortsetzung der Einheit, Diskussion und Plenum
- 18.00 Uhr Rückkehr ins Hotel
- 18.30 Uhr Abendessen  
Möglichkeit zur Besprechung und Begegnung ggf. offene inhaltliche Angebote

### Montag, 18.01.1999

- 7.00 Uhr Eucharistie, St. Mauritius
- 7.50 Uhr Frühstück
- 9.00 Uhr Einheit IV: Zur Motivation der Täter. Über die Rollen von offiziellen und inoffiziellen Mitarbeitern.  
Referent: Dr. Bernd Schäfer, wiss. Mitarbeiter Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden
- 11.00 Uhr Pause
- 11.30 Uhr Einheit IV: Erfahrungen und Ansätze für einen Umgang mit „Tätern“  
Referent: Prälat Dieter Grande, Beauftragter für „Aufarbeitung“ im Bistum Dresden
- 13.00 Uhr Mittagessen
- 14.30 Uhr Einheit IV: Die "Täter-Opfer"-Problematik aus psychologischer Perspektive“  
Referent: Norbert Peikert, Ev. Fachhochschule für Sozialpädagogik, Dresden
- 16.00 Uhr Pause
- 16.30 Uhr Einheit V: Die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit - ein ostdeutsches Problem? Anmerkungen aus west-deutscher Perspektive  
Referent: Dr. Hubertus Knabe, wiss. Mitarbeiter BStU
- 18.00 Uhr Abschluss und vorläufiges Resümee des Workshops
- 19.00 Uhr Abendessen

**Referentinnen / Referenten**

Edda Ahrberg	Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR, Sachsen-Anhalt
Dr. Günter Fritsch	Darmstadt
Erwin Heretsch	Schirgiswalde
Pfarrer Dr. Claus Herold	Halle
Prof. Dr. Thomas Hoppe	Universität der Bundeswehr, Hamburg
Dr. Hubertus Knabe	BStU, Berlin
Norbert Peikert	Ev. Fachhochschule für Sozialpädagogik, Dresden
Dr. Bernd Schäfer	Hannah-Arendt-Institut, Dresden
Prof. Dr. med. Julius Schoenemann	Köln
Wolfgang Templin	Publizist, Berlin

**Teilnehmerinnen / Teilnehmer**

Veronika Bock	Universität der Bundeswehr Hamburg
Michael Dorndorf	Kirchenzeitung „Kirchenbote“, Osnabrück
Jörg Drieselmann	Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße, Berlin
Matthias Drobinski	Süddeutsche Zeitung, München
Lydia Fischler	BStU, Berlin
Joachim Garstecki	Pax Christi, Bad Vilbel
Militärdekan Heinrich Hecker	Kath. Wehrbereichsdekan
Matthias Holluba	Kirchenzeitung „Tag des Herrn“, Leipzig
Prälat Wolfgang Knauff	Erzbischöfliches Ordinariat Berlin
Christian Ladwig	BStU, Berlin
Elisabeth Ladwig	BStU, Berlin
Dr. Evamaria Nowy	Deutsche Kommission Justitia et Pax
Prälat Hellmut Puschmann	Deutscher Caritasverband, Freiburg
Dr. Damian van Melis	Institut für Zeitgeschichte, Potsdam
Dr. Susanne Schmidt	Kath. Akademie Berlin
Prof. Dr. Peter Steinbach	Freie Universität Berlin

Bernd Streich  
Martin Wrzesinski  
Norbert Zonker

Zentralkomitee der deutschen Katholiken  
Innenausschuss Mecklenburg-Vorpommern  
KNA, Berlin

***Leitung***

Prälat Dieter Grande  
Jörg Lür

Deutsche Kommission Justitia et Pax  
Deutsche Kommission Justitia et Pax

***Tagungssekretariat***

Andrea Genest

# *Deutsche Kommission Justitia et Pax*

---

Justitia et Pax, Kaiser-Friedrich-Sr. 9, 53113 Bonn • Telefon (0228) 103-217 / Telefax (0228) 103-318

## **Empfehlungen der Projektgruppe Versöhnung zum Umgang mit IM des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR**

Die Projektgruppe „Versöhnung“ hat sich im Nachgang zum Workshop mit Thesen zum Umgang mit ehemaligen IM befasst. Da diese im Rahmen des Workshops aufgrund von Zeitmangel nicht mehr diskutiert werden konnten, waren die Teilnehmenden um eine schriftliche Einschätzung gebeten worden. Die Problematik des Umgangs mit ehemaligen IM stellt nur ein Segment der vielfältigen Problemstellungen im Umgang mit der SED-Vergangenheit dar. Die allzu starke Fokussierung gerade dieses Segments ist zurecht von vielen als eine Verzerrung der Perspektive kritisiert worden. Gerade in den ersten Jahren nach der Wende stand die IM-Problematik in unverhältnismäßiger Weise im Blickpunkt. Die mit den Empfehlungen angesprochenen Missstände resultieren zu großen Teilen genau aus dieser unterschiedlichen Gründen geschuldeten Verengung der Perspektive. Dabei zielen die Empfehlungen weniger auf die Arbeit der Behörde des Bundesbeauftragten oder die Arbeit der Landesbeauftragten - die meisten Empfehlungen decken sich durchaus mit dem dort Gedachten und Praktizierten - , vielmehr zielen sie auf das individuelle, aber dennoch für die Betroffenen sehr schmerzhaftes Unrecht, das in verschiedenen vor allem arbeitsrechtlichen Zusammenhängen Wirklichkeit ist. Die Differenzierung des gesellschaftlichen Umgangs mit den ehemaligen IM des MfS ist die Kernforderung, die in den folgenden Empfehlungen entfaltet wird.

1. Nach fast 10 Jahren „Aufarbeitung“ im Sinne des Stasiunterlagengesetzes (StUG) ist eine gründliche Überprüfung der bisherigen Praxis, der erreichten Ergebnisse und der spürbaren Defizite dringend erforderlich.
2. Eine Schließung der Stasiakten ist abzulehnen. Unabhängig von der Frage wie lange der Bedarf an der allgemeinen Bürgereinsicht besteht, muss gewährleistet sein, dass wissenschaftliche Forschung in vollem Umfang möglich bleibt.

3. Eine Generalamnestie für Straftatbestände der SED-Zeit ist ebenfalls abzulehnen, da sie im wesentlichen nur den hauptamtlichen Staatsfunktionären und MfS-Mitarbeitern nutzt und inoffizielle Mitarbeiter (IM) benachteiligt.
4. Der Wahrheitsfindung kommt im Prozess der „Aufarbeitung“ ein besonderer Stellenwert zu. Zugleich sollten durch sie aber auch Versöhnungsprozesse in der Gesellschaft befördert werden.
5. Es ist dringend geboten, den IM-Begriff nur noch differenziert zu gebrauchen. Solange einer als IM registrierten Person keine Tätigkeit für das MfS nachgewiesen werden kann, muss ihr insbesondere in arbeitsrechtlich sowie für die öffentliche Reputation relevanten Situationen das Recht zugestanden werden, sich nicht selbst als IM bezeichnen zu müssen oder bezeichnet zu werden. Wo im Gegensatz zum StUG eine andere Praxis herrscht, muss der Rechtsschutz der Betroffenen garantiert sein.
6. Gerichtliche Entscheidungen über eine Tätigkeit für das MfS sind analog dem Verfahren bezüglich persönlicher Erklärungen den Akten beizulegen.
7. Es ist sicherzustellen, dass bei Überprüfung von Personen auf eine Tätigkeit für das MfS die allgemeinen Rechtsgrundsätze angewandt werden.
8. Beim Umgang mit Personen, die für das MfS tätig waren, sollten Reue und das Bemühen um Wiedergutmachung von Unrecht in hohem Maße berücksichtigt werden.
9. Die Aussagen von als IM registrierten Personen sind neben den Akten als mögliche Quelle zur Wahrheitsfindung zu nutzen.